Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1930

67 (20.3.1930)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig ○ Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit" Die Mußestunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Bezugspreis monatl. 2.50 Mk. ○ Ohne Zustellung 2.20 Mk. ○ Durch die Post 2.66 Mk. Einzelpreis 10 Pfg., Samstags 15 Pfg. ○ Erscheint 6 mal wöchentlich vor mittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020 und 7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Mozartstraße 22; Baden-Baden, Küferstraße 6; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Gradenallee 61

Nummer 67 — Karlsruhe, Donnerstag, den 20. März 1930 — 50. Jahrgang

Die Finanzvorlagen im Reichstag

Anschlag der Hindenburg-Kundgebung beschlossen

Berlin, 19. März. Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung vom Mittwoch steht der von den Sozialdemokraten, Demokraten, vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingebrachte Antrag auf

Öffentlichen Anschlag der Kundgebung des Reichspräsidenten

vom 13. März zum Youngplan.

Abg. **Oberfohren** (Dntl.) erklärte: Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei sieht in dem Antrag einen parteipolitischen Akt. Von unserer Ueberzeugung, daß der Herr Reichspräsident in seiner Kundgebung von einer irrigen Auffassung der gesamten Lage und der Folgen des Youngplanes ausgeht, können wir uns **nicht** abbringen lassen.

Abg. **Stöcker** (Komm.): Wir könnten eigentlich dem Antrage zustimmen, denn damit wird den Massen auf dem Lande gezeigt, daß auch ihr sogen. Nationalheros **Hindenburg** in die Reihe der **Trompöate** gehört, die das internationale Finanzkapital zur Ausplünderung des deutschen Volkes benutzt. (Präsident Löbe ersucht den Redner, sich zu mäßigen.)

Abg. **Drewitz** (Wirtschaftspartei): Wir bekennen uns zu der vom Reichspräsidenten in seiner Kundgebung ausgesprochenen Mahnung zur Einigkeit, aber mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage lehnen wir den öffentlichen Anschlag ab.

Abg. **Hepp** (Chr.Nat.): Die Christlich-Nationalen folgen durchaus der Mahnung des Reichspräsidenten zur Einigkeit. Wir werden jedoch dem Antrage nicht zustimmen.

Abg. **Straßer** (DS.): erklärt: Als Reichspräsident sei **Hindenburg** immer mehr ein **Stabilisationsfaktor der marxistisch-liberalen Republik** geworden. Wenn jetzt Dittmanns Unterschrift in Verbindung mit dem Namen Hindenburg erscheine, so sei das eine marxistisch-jüdische Perfidie (Präsident Löbe rügt diesen Ausdruck).

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf öffentlichen Anschlag der Hindenburg-Kundgebung mit 218 gegen 190 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes auf

Verlängerung der Pachtschutzordnung

bis zum 30. September 1931.

Die Vorlage wird mit den dazu gestellten Anträgen dem **Siedlungsausschuß** überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Beratung der

Zoll- und Steuervorlagen,

die zum finanziellen Deckungsprogramm der Regierung gehören. Eine Vorlage verlangt die Erhöhung des **Benzinzolles** von 6 auf 10 M und die Einführung eines **Benzolzolles** von 10 M. Dafür soll nach der Regierungsvorlage der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer auf 10 Prozent herabgesetzt werden, während der Reichsrat 15 Prozent beantragt.

Die in einer weiteren Vorlage verlangte Aenderung der **Tabaksteuer** soll durch Verkürzung der Zahlungsfristen und Aufhebung der Tabaksteuerlager 32 Millionen einbringen.

Durch ähnliche Aenderungen soll der Ertrag der **Zuckersteuer** um 8 Millionen erhöht werden.

Dazu kommt die **Mineralwassersteuer,** aus der den Ländern 40 Millionen zufließen sollen, und schließlich die Biersteuer.

Schließlich ist mit den Vorlagen verbunden die Beratung des Entwurfes, wonach aus dem Reservefonds der im Zusammenhang mit der **Industriebelastung** stehenden Bank für Industrieobligationen 50 Millionen an die Reichskasse fließen.

In der Aussprache erinnert Abg. Dr. **Rademacher** (Dntl.) an die im Dezember angekündigten **Steuersenkungen** in Höhe von 915 Millionen. Nichts sei von dieser Entlastung eingetreten.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

betont gegenüber Rademacher, daß die Ausgaben weit über die Schätzungen hinausgingen. Wenn Dr. Rademacher oder ein anderer Deutschnationaler an meiner Stelle stände und einen nicht ausbalancierten Etat und eine höchst ungünstige Kassenlage vorfände, wenn er vor der unerträglichen Situation stände, daß das Deutsche Reich pumpen muß, um nur den Ultimo zu überbrücken, dann würden doch auch Sie in erster Linie darüber nachdenken, wie

vor allen Dingen die Kasse saniert

werden kann.

Das ist **viel wichtiger** als der Streit darüber, welche frühere Regierung vielleicht an der Entstehung der Schwierigkeiten mitschuldig ist. Ich habe nach der Möglichkeit von Ersparnissen zu suchen und habe mich dabei **gegen Ausgabenforderungen aller Parteien** zu wehren. Man kann natürlich **nicht einseitig auf die Arbeitslosenversicherung verweisen,** denn keiner wird es für möglich halten, die Leistungen dieser Versicherung mit einem Schlage um 300 oder 400 Millionen zu senken. Der andere denkbare Weg wäre der einer entsprechenden Senkung der Beamtengehälter, ein Vorschlag, gegen den ich mich mit größter Entschiedenheit aus staatspolitischen Gründen wende.

Erreichen können wir nur etwas, wenn wir

systematisch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Ausgaben senken und in der Verwaltung sparen durch zweckmäßige Gestaltung und durch den Abbau von Aufgaben. Wir arbeiten bereits daran. Ich arbeite gemeinsam mit dem Reichssparkommissar an einem **Ausgabensenkungsgesetz** für Reich, Länder und Gemeinden. Ich hoffe, daß später nicht jeder Vorschlag auf **Zusammenlegung von Finanzämtern** im Reichstag mit dem Protestruf beantwortet wird: „Das ist für meine Stadt unerträglich!" In dieser Beziehung sind die Abgeordneten nicht weniger Sünder als die Männer in der Regierung.

Der **Reichsrat** wird morgen das Gesetz über den **Finanzausgleich** verabschieden und noch in dieser Woche das Gesetz über die **Einkommensteuer.** Sie sehen, daß es uns durchaus **ernst** ist mit der Absicht, über die Sanierung der Kasse zu der Entlastung der Wirtschaft zu kommen. Wie wenig wir die **Notlage der Landwirtschaft** verkennen, haben wir bewiesen durch das Hilfswerk, das gerade in diesen Stunden vereinbart worden ist. Wir täuschen uns nicht über den Ernst der Lage, aber wir halten es auf der anderen Seite auch

nicht für richtig, alles schwarz in schwarz zu malen

und der Oeffentlichkeit zu sagen: Es wird immer schlechter und schlechter! Wir haben den dringenden Wunsch, daß das Gesamtwerk der Finanzreform, Kassensanierung und Entlastung der Wirtschaft, möglichst **schnell** verabschiedet wird und zur **Wiederaufrichtung** der Wirtschaft führt.

Abg. **Neubauer** (Komm.) fand in den Gesetzentwürfen die Improvisation des Finanzkapitals durch die Sozialdemokratie. Aus seiner Rede war nur eines bemerkenswert, daß er dem **Reichsfinanzminister** vorwarf, dieser sei Aufsichtsrat des J. G. Farbentrustes und schanze diesem Farbentrust 10 Millionen auf Grund des Benzolzolles zu.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erwiderte sofort, daß er an dem Tag, an dem er Minister wurde, seinen Aufsichtsratsposten bei J. G. Farben niedergelegt habe.

Das Zentrum ließ durch den Abg. **Föhr**-Baden nur eine kurze nichtssagende Erklärung von wenigen Sätzen abgeben. Auch das **Zentrum** habe gegen Einzelheiten Bedenken und behalte sich seine Stellungnahme vor.

Abg. Keil (Soz.)

nahm sich die Opposition der Rechtsparteien energisch vor. Er forderte den Deutschnationalen Dr. Rademacher auf, ihm einen einzigen Beweis dafür zu erbringen, daß die Sozialdemokratie den Arbeitern gesagt habe, diese würden von den Reparationslasten nichts spüren. Dr. Rademacher schwieg dazu. Er hat also keinerlei Beweise. In der Tat hat die Sozialdemokratie den Massen immer gesagt, daß

innerpolitisch ein Kampf

um die Verteilung der Reparationslasten sich entwickeln werde. Hilferdings Finanzprogramm im letzten Jahr ist richtig gewesen; leider hätten die Parteien die Gefolgschaft in der Bewilligung von Steuern versagt. Noch einmal trat Keil für den

einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer

in Gestalt eines Notopfers ein. Leider sei bei den anderen Regierungsparteien bis zur Stunde für diesen Gedanken keine Mehrheit vorhanden. Die Sozialdemokratie werde an die Finanzierung mit der Ueberzeugung herangehen, daß zur Wirtschaft nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter gehörten und Kapital auch von den Arbeitermassen gebildet werde.

Eine leistungsfähige Arbeiterschaft

ist die Voraussetzung für den Aufstieg der Wirtschaft.

Der Volksparteiler Dr. Cremer meldete die Voraussetzungen seiner Fraktion für die Zustimmung zu den Steuervorlagen an: 1. durchgreifende Senkung der Ausgaben, wobei er vor allem die Arbeitslosenversicherung nannte, und 2. erhebliche Senkung der Steuern, insbesondere der Gebäude- und Grundvermögenssteuer. Die Rede war zwar ohne jede aggressive Spitze, aber man fühlte, wo die **kritische Belastung** für die Regierungskoalition liegt.

Der frühere demokratische Reichsfinanzminister **Reinhold** forderte insbesondere die sofortige Aufhebung der Kapitalertragssteuer. Unter den weiteren Rednern ist noch der bayerische Volksparteiler Dr. **Herlacher** und der bayerische Bauernbündler **Gaudorfer** zu erwähnen, die mit Leidenschaft gegen die Erhöhung der Biersteuer sprachen und bei dieser Steuererhöhung den Ruin Bayerns und Schlimmeres voraussagten.

Nächste Sitzung Montag, 3 Uhr.

Putschpolitik in Thüringen

Die Polizei wird für Putsche vorbereitet / Das Reichsinnenministerium sperrt die Fonds

Der Minister des Innern von Thüringen, der Rechtsputschist Frick, hat wiederholt betont, daß er seine Aufgabe darin erblicke, Thüringen zu einem Zentrum des „nationalen Widerstandes" im Sinne seiner Partei zu machen. Was darunter zu verstehen ist, weiß ein jeder. Die Partei des Herrn Frick hat versucht, in die Reichswehr einzudringen und Reichswehroffiziere zur Verletzung ihres Treueides und zum Hochverrat zu bewegen. Sie rühmt sich öffentlich dieses Versuches und brüstet sich, daß er in weitem Maße Erfolg gehabt habe.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß ein Vertreter dieser Partei, die offen den Hochverrat proklamiert, und sich hochverräterischer Handlungen rühmt, Polizeiminister in einem deutschen Lande ist. Bereits liegen auch Vorgänge vor, die das Bedenkliche dieses Zustandes illustrieren.

Aber auch in formeller Hinsicht ist Herr Frick als Minister unmöglich.

Vom Reichsminister des Innern, Severing, ist, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, folgender Brief an das thüringische Staatsministerium in Weimar gerichtet worden:

Auf mein Schreiben vom 17. Februar d. J. habe ich bis heute eine Antwort nicht erhalten. Dagegen hat nach bisher unwidersprochenen Zeitungsmeldungen das Mitglied des thüringischen Staatsministerium, Herr Minister Frick, in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne.

Diese Haltung des Herrn Staatsministers hat mich veranlaßt, für den Geschäftsbereich meines Ministeriums Anordnung dahin zu treffen, daß Anfragen und Schreiben des thüringischen Staatsministeriums nicht früher beantwortet werden, bis eine Antwort auf mein Schreiben — auf die ich übrigens keineswegs „warte" — eingegangen ist. Gleichzeitig sind die zuständigen Stellen meines Ministeriums angewiesen worden, alle Ueberweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringen einstweilen einzustellen.

Schließlich mache ich darauf aufmerksam, daß wir Nachrichten zugegangen sind, die begründete Zweifel darüber erwecken, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke vonseiten des thüringischen Staatsministeriums noch erfüllt sind. Ich bin daher nicht in der Lage, weitere Zuschußzahlungen anzuweisen, wenn nicht vom thüringischen Staatsministerium der bündige Beweis erbracht werden kann, daß von ihm die Grundsätze für die Gewährung des Reichszuschusses in vollem Umfange beachtet werden.

gez.: Severing.

Wie weit sich die Dinge in Thüringen entwickelt haben, zeigt folgende Veröffentlichung des Sozialdemokratischen Pressedienstes:

Zwischen dem Oberbürgermeister von Eisenach Dr. Jansen und dem Polizeikommissar M. fand eine Unterredung statt. M. nimmt zur Zeit an dem Lehrgang für Polizeikommissäranwärter der Gemeindepolizei auf der preußischen Polizeischule Eiche teil. Er ist im Dezember 1920 aus der Schutzpolizei Berlin ausgeschieden, um einen Referentenposten in der Außenhandelskontrolle zu übernehmen. Nach verschiedenen Fehlschlägen versuchte er wieder in eine Beamtenstelle zu gelangen. Vom thüringischen Ministerium des Innern wurde er am 4. 7. 1929 der Polizeiverwaltung der Stadt Jena zur informatorischen Beschäftigung überwiesen mit der Aussicht, später als Polizeikommissar der Stadt Eisenach angestellt zu werden, und dann zur Teilnahme an dem Lehrgang für Polizeikommissäranwärter der Gemeindepolizei kommandiert. Auf eine Anfrage der Polizeiverwaltung Eisenach erteilte die Schule ein sehr günstiges Zeugnis über M. Darauf erfolgte am 12. März die **Einberufung als Polizeikommissar a. P. zum 1. April 1930 in Eisenach.**

Am 16. März wurde M. — der jetzt auf der Polizeischule Eiche ist — zum Oberbürgermeister Dr. Janson Eisenach nach dem Hotel Excelsior in Berlin bestellt. Diese Unterredung zwischen Dr. Janson und M. hat folgenden Verlauf genommen:

„Dr. J.: Ich habe Sie hierher gebeten, um einige Dinge mit Ihnen zu besprechen, über die ich jetzt ganz klar sehen muß. Wie stehen Sie politisch?

M. (ausweichend): Ich habe bereits seinerzeit zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht Mitglied einer besonderen Partei oder Organisation bin.

Dr. J.: Das ist gar nichts, das sind allgemeine Redensarten. Sie müssen sich doch in einer ganz bestimmten Richtung eingestellt haben.

M.: (zögert).

Dr. J.: Also ich frage Sie jetzt: **Was würden Sie tun, wenn die Nationalsozialisten jetzt losschlagen würden** und Sie diesen und dem Stahlhelm, der ja eng mit den Nationalsozialisten verbunden ist, als Polizeikommissär gegenüberstünden?

M. (ausweichend): Ich würde mich an die Befehle halten, die ich bekomme.

Dr. J.: Da weichen Sie mit Ihrer Antwort wieder aus. Ich stehe nun nicht immer hinter Ihnen und möchte wissen, was Sie **aus eigener Entschließung** tun würden.

M. (ausweichend): Dann würde ich gemäß meiner Verpflichtung als Beamter nach den mir allgemein vorgezeichneten Richtlinien, also nach meinem Beamteneid handeln.

Dr. J.: Sie geben mir immer noch nicht die Antwort, die ich haben will. **Würden Sie gegen die Nationalsozialisten und gegen den Stahlhelm vorgehen? Ja oder nein?**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

M. (zögernd).

Dr. J.: Können Sie mir Persönlichkeiten namhaft machen, die bekunden, daß Sie **ein absolut rechtsstehender nationaler Mann** sind?

M. (ausweichend): Ich kann jederzeit Polizeioffiziere angeben, die sich für mich einsetzen werden.

Dr. J.: Preußische Polizeioffiziere?

M.: Jawohl.

Dr. J.: Preußische Polizeioffiziere sind für Thüringen keine Kronzeugen. **Die sind fast alle verseucht.** Haben Sie niemand in den Kreisen der **Nationalsozialisten** und des **Stahlhelms?**

M. (ausweichend): Das kann ich im Augenlick nicht sagen.

Dr. J.: Es ist aber unbedingt nötig, daß Sie Nationalsozialisten oder Stahlhelmleute finden, die voll und ganz für Sie bürgen und sich insbesondere **beim Minister Frick persönlich** für Sie verwenden. Selbstverständlich müssen es Leute von Namen sein, wie z. B. Abgeordnete, Stahlhelmführer und dergleichen. Minister Frick hat erklärt, daß er sehr ungünstige Nachrichten über Sie erhalten habe. Sie seien in den Kreisen früherer Offiziere sehr unbeliebt und die Offiziersvereinigung Ihres früheren Regiments habe Sie auch ausgeschlossen. Auch glaube man, daß Sie sich im Felde eine Ihrer Verwundungen selbst beigebracht hätten. Sie müssen **unbedingt Zeugen vom Stahlhelm, möglichst Männer mit dem Pour le merite** oder sonstige als besonders tapfere Frontsoldaten bekannte Persönlichkeiten bringen, die Ihnen das Zeugnis ausstellen, daß Sie im Kriege nicht nur Ihre Pflicht getan haben, sondern darüber hinaus ein ganz besonders hervorragender Held und Draufgänger gewesen sind. Haben Sie Kriegsauszeichnungen?

M.: Ich besitze das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse und das silberne Verwundetenabzeichen für dreimalige Verwundung.

Dr. J.: Und nun noch etwas anderes! Ich habe in Erfahrung gebracht, daß **Ihr Bruder,** der als Polizeihauptmann in Magdeburg steht, Mitglied des Reichsbanners ist und in **einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Oberpräsidenten Hörsing** steht. Obwohl er infolge Erreichung der Altersgrenze jetzt pensioniert werden müßte, soll er wegen seiner besonderen politischen Zuverlässigkeit auf einem besonderen Posten Verwendung finden. **Wir stehen Sie mit Ihrem Bruder?**

M. (ausweichend): Familär stehe ich mit meinem Bruder sehr gut. Seine politische Haltung dürfte wohl seine Privatangelegenheit sein.

Dr. J.: Sie haben noch **eine verheiratete Schwester** in Jena. **Welche politische Einstellung hat Ihr Schwager?**

M. (ausweichend): Das weiß ich nicht.

Dr. J.: Unter diesen Umständen kann ich natürlich die vorgesehene Einberufung nicht aufrecht erhalten und Sie den Dienst in Eisenach nicht antreten lassen. Sie würden dort sofort auf stärksten Widerstand der Nationalsozialisten und des Stahlhelms stoßen. **Versuchen Sie zu erreichen, daß Nationalsozialisten und Stahlhelm sich für Sie in dem gewünschten Sinne beim Minister Frick einsetzen,** dann will ich Ihnen die Polizeikommissärstelle geben."

Der Oberbürgermeister von Eisenach sucht demnach Polizeioffiziere, die bei einem Putsch der Hakenkreuzler oder des Stahlhelms sich auf die Seite der Putschisten gegen die Verfassung stellen. Sein Tun ist zweifellos Vorbereitung zum Hochverrat. Wir fragen: Wird der Oberreichsanwalt unverzüglich Schritte gegen den Oberbürgermeister Dr. Janson von Eisenach ergreifen? Wird er ihn verhaften lassen? Wird der Oberreichsanwalt ferner in gleicher Weise gegen den Minister des Innern von Thüringen Dr. Frick einschreiten, der unzweifelhaft die Handlungsweise des Herrn Janson beeinflußt hat?

Der Brief des Reichsinnenministers an das Thüringische Staatsministerium zeigt, daß die Dinge im Reiche Fricks die Spitze erklommen haben, so daß insbesondere auch die Deutsche Volkspartei in Thüringen vor die Frage gestellt wird, ob sie den gegenwärtigen Zustand der Aera des Putschisten Frick länger dulden will oder ertragen kann.

Am gleichen Tage, an dem das Schreiben des Reichsinnenministers an das Thüringische Finanzministerium bekannt gegeben wurde, hat der Nationalsozialist Dr. Frick im Thüringischen Landtag erklärt, daß er seine Ministertätigkeit nach nationalsozialistischen Grundsätzen ausüben werde. Die Nationalsozialistische Partei hat ferner wiederholt öffentlich feststellen lassen, daß sie die Verfassung von Weimar gewaltsam stürzen wolle, um das sogenannte dritte Reich an ihre Stelle zu setzen. Ihre Reichstagsabgeordneten verkünden regelmäßig von der Tribüne des Reichstags herab, daß es ihre Absicht sei, die Reichsregierung vor einen sogenannten Staatsgerichtshof des dritten Reiches zu stellen und ihre Mitglieder aufzuhängen und zu köpfen. Herr Frick hat als nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter ähnliche Erklärungen abgegeben.

Daß ein solcher Mann, der noch dazu des öffentlichen Hochverrats gegen die Reichsverfassung im Jahre 1923 sich schuldig gemacht hat, überhaupt Minister eines deutschen Landes werden konnte, ist ein unhaltbarer Zustand.

Die Episode der Ministerschaft Fricks war nur möglich in einer Zeit, in der die gesamte Reichsregierung und auch der Reichsinnenminister ihr ganzes Augenmerk auf die Verabschiedung des Youngplanes und die damit im Zusammenhang stehenden Probleme richten mußte. Der Reichsinnenminister hatte zudem die Aufgabe, das neue Republikschutzgesetz im Reichstag durchzusetzen. Er hat indessen die Ministerschaft des Herrn Frick sehr genau beobachtet. Sein Schritt, die Polizeisubventionen für Thüringen zu sperren, ist nicht von gestern auf heute beschlossen worden. Er ist das Ergebnis einer Reihe von Handlungen beziehungsweise Aeußerungen des thüringischen Innenministers.

Der Schritt des Reichsinnenministers hat selbstverständlich großes Aufsehen erregt. Die Presse der Deutschnationalen versucht seine Rechtmäßigkeit zu bezweifeln, aber wirkliche Verteidiger für Herrn Frick findet sie nicht. Der Schritt des Reichsinnenministers ist selbstverständlich in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt. Ueber seine Rechtmäßigkeit ist gar kein Zweifel. Die Polizei der Länder wird vom Reiche unterstützt aus dem Dispositionsfonds, der für diesen Zweck bestimmt ist. Dieser Fonds beträgt etwa 200 Millionen Mark. Er ist festgelegt durch die Reichstagsdrucksache Nr. 4047. Das Recht der Verteilung ist geregelt durch ein Abkommen zwischen Reich und Ländern, in dem gleichzeitig bestimmt ist, unter welchen Voraussetzungen der Reichsminister des Innern die Zuschüsse sperren kann. Zu den Voraussetzungen der Hingabe gehören in erster Linie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die strikte Wahrung der Reichsverfassung und der geltenden Gesetze in den Ländern.

Ueber weitere Pläne und Maßnahmen der Reichsregierung gegenüber der Regierung des Herrn Frick ist bisher nichts bekannt geworden. Es wäre naheliegend, daß nun eine kommissarische Prüfung der Verhältnisse in Thüringen, namentlich bei der Thüringer Polizei eingeleitet wird, und daß weitere Entschließungen davon abhängig gemacht werden. Denn der Schritt des Reichsinnenministers kann nur ein Anfang sein, dem im Interesse des Reiches rasch ernstere Maßnahmen folgen müssen, sofern sich nicht rasch ein Erfolg ergibt.

Thüringens Schuldirektoren gegen Frick

Die Nationalsozialisten zertrümmern die Schule

Weimar, 20. März. Die Direktoren der Höheren Schulen Weimars, des Gymnasiums, des Realgymnasiums und des Sophie-Stiftes wenden sich in einer öffentlichen Erklärung gegen den Minister Dr. Frick. Sie nehmen für sich nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht in Anspruch, ihre Schüler vor der Verletzung der staatlichen Schulordnung zu behüten. Aus diesem Pflichtbewußtsein haben sie am vorigen Samstag die Teilnahme ihrer Schüler an der nationalsozialistischen Protestkundgebung gegen den Youngplan verboten, während der Volksbildungsminister Dr. Frick das Verbot wieder aufhob.

„Wir haben uns zu unserem Verbot um so mehr veranlaßt gesehen, als sich bereits jetzt gezeigt hat, daß durch die Nichtbeachtung des § 26 Abs. 1 und durch das dadurch bedingte Eindringen des Parteigeistes in die Schulen deren Gefüge gelockert, die Schulzucht gefährdet, den Schülern den Sinn für ihre nächste Aufgabe, die Tätigkeit freier geistiger Arbeit, genommen wird. Wir haben es ferner bedauert, daß der Volkstrauertag dazu benutzt wurde, den politischen Hader in die Herzen der Jugend zu tragen. Wir haben es ganz besonders bedauert, daß der ergreifende Mahnruf unseres altverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg, nunmehr den Geist innerpolitischer Zwietracht und Zerrissenheit zu überwinden, gerade an diesem, allen Deutschen gemeinsamen Tage mißachtet wurde."

Mit krachendem Putschheil!

„Was riskiert man schon?! — Drei Wochen Untersuchungshaft und Entlassung gegen Kaution!"

Verwaltungsermächtigungsgesetz in Thüringen?

Weimar, 19. März. (Eig. Drahtb.) Der **Thüringische Landtag** begann mit der **Beratung** eines von der Regierung vorgelegten **Ermächtigungsgesetzes,** nachdem die gesamte Landesverwaltung mit der Behördenaufbau im Hinblick auf die Not des Landes vereinfacht, verbilligt und umgebildet werden soll. Die **Sozialdemokratie** benutzte die Gelegenheit, der Regierung nochmals in aller Schärfe den **Kampf** anzusagen.

Die **Volkspartei** betonte ihre sachlichen und politischen **Bedenken** gegen den Entwurf in einer längeren Erklärung mit der Notlage des Landes.

Hilfsprogramm für den Westen

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete beschäftigte sich mit verschiedenen wichtigen Fragen, zu denen der Reichsminister für die besetzten Gebiete, **Wirth,** seine Stellungnahme bekannt gab. Die mit durch die **Räumung** der besetzten Gebiete die wirtschaftliche und politische Souveränität des Reiches und der Länder im Westen wiederhergestellt wird, muß auf Jahre hinaus, um die endgültige wirtschaftliche **Hemmung** in dem Wiederaufbau dieser Gebiete seit Kriegsende zu lindern, eine systematische **besondere Betreuung** durch Reich und Länder folgen.

Wir haben uns seit langem in Verbindung mit den beteiligten Ländern mit der Aufstellung eines

Hilfsprogramms für den Westen

beschäftigt. Neben den Maßnahmen, die zur wirtschaftlichen Herstellung durch Bereitstellung von Mitteln im Hushalt dienen, muß immer wieder die größte Aufmerksamkeit des Reiches und der Landesverbehörden auf die Notwendigkeit bevorzugter Beteiligung in der

Vergebung der öffentlichen Arbeiten

errichtet werden. Im Nachtragshaushalt 1929 und im Haushalt 1930 beabsichtigt die Reichsregierung zur Hebung der durch die neue Grenzziehung und die lange Besetzungsdauer notleidend gewordenen Gebiete des Westens einen Gesamtbetrag von **20 Millionen Reichsmark** in Vorschlag zu bringen. Zu diesen Mitteln treten weitere Mittel für die Beschleunigung einer **Wirtschaftsbelebung** aus dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums, insbesondere für die Inangriffnahme des **Eisenbahnbrückenbaues** bei Ludwigshafen-Mannheim hinzu.

Die 20 Millionen Reichsmark

werden veranschlagt: 1. Zur Förderung der durch die Grenzziehung und lange Besatzungsdauer beeinträchtigten **landwirtschaftlichen** Produktions- und Absatzverhältnisse, wofür rund ein Drittel der Mittel in Betracht kommen. 2. Zur Gewährung von Beihilfen zum **Bau von Wasserleitungen** in den armen Gemeinden; insbesondere in den Höhen- und Gebirgslagen wird ein namhafter Betrag vorgesehen. 3. Zur Förderung von **Kleingewerbe, Handwerk, Einzelhandel und Industrie** wird ein kleiner Betrag zur Förderung des gewerblichen Fachschulwesens und ein Betrag bis zu etwa einem Viertel der genannten Summe zur Beschaffung verbilligter Kredite möglichst durch die bestehenden Kreditinstitute, sowie zur Umwandlung bestehender kurzfristiger Gewerbekredite in langfristige Hypothekenkredite bereitgestellt werden. 4. Zur Verbesserung der **Verkehrsverhältnisse** wird mehr als ein Viertel der gesamten Summe veranschlagt. Es werden insbesondere hierbei Zuschüsse für Straßen**bauten,** zur **Verbreiterung** der Straßenbrücke über den Rhein bei Mainz und für eine neue Brücke bei Koblenz über die Mosel sowie zur Fertigstellung der Eisenbahn Eisenberg—Enkenbach bereitgestellt. 5. Um eine Erleichterung der schwer um starken Besuch ringenden **Heilbäder** zu bringen, wird der notwendige Betrag für die Umwandlung der laufenden Bäderkredite in eine kommunale Anleihe vorgesehen.

Zentrumskundgebung gegen Religionsverfolgung in Rußland

Berlin, 19. März. Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei erläßt eine Kundgebung gegen die Religionsverfolgung in Rußland.

Der Eskimo

Ein Roman von der Hudson-Bai von Peter Freuchen

Copyright by Safari-Verlag, Berlin

42) (Nachdruck verboten)

Make lief. Wenn er müde wurde, setzte er sich auf den Schlitten. Joe fuhr; aber er war unwisch über diese Verspätung. „Laß die Eskimos sterben, die sich nicht zu helfen wissen. Wir dürfen nicht zuviel umsonst von den Dingen geben, die sie haben wollen."

Er grübelte über dieses neue Wunder, daß den hungernden Eskimos alle möglichen Waren geschickt wurden. Er hatte gleich gefragt, ob es Fuchsfelle dort gäbe, aber, ach nein, sie hatten keinerlei Fang getrieben, sie hatten gehungert und nur gegessen, was sie hatten. Und hier fuhr er nun mit zwei Schlitten voller Herrlichkeiten in Blechdosen, Tee und Keks, und das zu Leuten, die arm waren und nichts dafür geben konnten. Der Teufel der Begehrlichkeit war in ihn gefahren. Er gönnte andern nichts und war ängstlich, daß die Vorräte vorzeitig aufgebraucht würden. Sein Ansehen würde dementsprechend sinken.

Sie stießen bald auf den ausgehungerten Mann, der nicht zu den andern zurückzukehren vermocht hatte. Er war ganz kraftlos; aber bei dem Gedanken an Rettung lebte er auf. Er bekam warmen Tee in den Leib, sie kochten Fleisch und merkwürdige Gerichte, die seinen Magen füllten und seine Stimmung besserten. Und sie hatten warme Kleider für ihn. Er zog sie an und fuhr dann mit den Schlitten weiter. Er konnte den Weg zeigen.

Elend trafen sie dort an. In ein Haus waren sie alle zusammengezogen. Es war ein Schneehaus, das vor längerer Zeit erbaut und innen von Ruß bedeckt war, weil die Lampen erloschen waren, seit der letzte Speck aufgegessen war. Ihre Kleider bestanden aus elenden, alten, verschlissenen Lumpen, und es war fast nichts da, denn alles irgend Entbehrliche hatten sie gegessen.

Sie hatten Felle und Stiefel gekaut, ihre Hunde und alles Geschirr aufgegessen. Acht von ihnen waren schon der Not erlegen, aber dreizehn lebten noch, darunter zwei, die Kraft genug hatten, die Toten hinauszuschaffen.

Make ließ Joe neue Schneehäuser bauen, in die sie so schnell wie möglich einziehen sollten. Er selbst zündete zwei Petroleumbrenner bei den Kranken an. Das wärmte sofort drinnen, sie lebten auf und bekamen zu essen, aber nicht zu viel. Die Wärme des Tees ging ihnen in die steifen Glieder, und das bißchen Wärme, das die Petroleumkocher verbreiteten, war ihnen wie Sommersonne. Bald begannen sie zu plaudern und zu lachen.

Als Joe ein großes Haus fertig hatte, sollten sie einziehen; aber es zeigte sich, daß die armen Menschen kaum gehen konnten, man mußte ihnen, kniekrumm, eingefallen und schlaff, in das neue Haus helfen. Hier sah Make zum erstenmale Hunger im eigentlichen Sinne, kläglich jammerndes Unglück, und er sah, was noch schlimmer war.

Er trat zu den Leichen. Allen fehlten verschiedene Körperteile. Ihm wurde klar, daß die Männer, die die Leichen hinausgeschafft hatten, Fleisch aus Schenkeln und Armen der Toten geschnitten und gegessen hatten, um selber weiter zu leben. Der arme Mann, der dem Schlitten nachgegangen war, hatte ein großes Stück Fleisch mitgenommen, vielleicht von seinem eigenen Sohn. Make wurde von Entsetzen gepackt. Kannibalismus, nicht aus Wildheit, sondern aus Not traf er hier, etwas, wovon er gelesen und das er geahnt hatte.

Er rief Balk und erklärte ihm, was er sah, und die beiden Männer kamen überein, selbst die Toten beizusetzen, damit kein anderer etwas sah.

In der ersten Nacht starb eine Frau. Unter furchtbaren Qualen verschied sie. Sie hatte zuviel gegessen, und mehrere von den andern waren auch zu gierig gewesen. Ach, wie jammerten und wie zornig wurden sie:

„Warum kommt ihr auch her mit eurem giftigen Essen? Die Natur hat unsere Fangtiere genommen, die Natur wollte, daß wir starben. Und ihr kommt, uns zu quälen. Jetzt sterben wir doch, in meinem Magen ist Feuer, es brennt drinnen."

Joe rief Make und bat ihn, zu den Kranken zu gehen, Arola wünschte mit ihm zu reden.

„Arola?" fragte Make. „Ist der hier? Der die Walfänger begleitete, und den wir im Sommer trafen?"

„Ja, der eine ist Arola," antwortete Joe. „Jetzt trägt er den Kopf weniger hoch als im Sommer. Er ist kaum wiederzuerkennen, so abgemagert ist er. All der Reichtum, den er bekam, bestand aus Dingen, die nicht eßbar waren. Arola ist der, welcher nicht sprechen konnte, als wir kamen."

Make ging hinein. Vor dem Hause hörte er Stöhnen. Sobald er aber drinnen bei ihnen war, schwiegenn die abgehärteten Eskimos, und ihre Scheu, die Aufmerksamkeit Fremder auf sich zu ziehen, verbot ihnen, zu jammern. Arola begann sogar Englisch zu sprechen und erklärte dem Sergeanten alles, was geschehen war.

„Als wir von den Schiffen an Land gesetzt wurden, hatten wir alle viel Eigentum, uns fehlten jedoch Renntierfelle für den Winter und deshalb gingen wir ins Land hinein. Aber die Renntiere waren fort. Wir zogen weit umher, es gab gerade genug zum Essen, aber keinen Ueberfluß. Wir waren jedoch nicht ängstlich, denn wir gingen zu einer Schwemme und warteten, daß die Renntiere auf dem Rückzuge von Norden kommen sollten; aber wir wurden genarrt. Wir warteten und warteten, verbrauchten unsere ganze Munition zum Schießen kleiner Vögel, um etwas zu essen zu bekommen, und dann mußten wir unsere Hunde essen. Uns wurde klar, daß die Renntiere beleidigt waren, weil wir sie im Sommer im Stich gelassen hatten, und daß sie einen andern Weg eingeschlagen hatten. Für uns gab es weder Nahrung noch Felle. Wir versuchten fortzuziehen, konnten aber nicht dorthin, wo unser Hab und Gut stand, denn dort gibt es um diese Zeit nie Fang. Deshalb gingen wir diesen Weg, um einen Wohnplatz zu erreichen; aber wir kamen nur bis hierher, und wir waren sehr müde. Zwei waren zurückgelassen worden, weil sie nicht mehr gehen konnten, und die kleinen Kinder starben. Wir konnten unsere Frauen nicht davon abhalten, ihre Außenstiefel zu essen, und nun konnten wir gar nicht mehr weiterkommen. So blieben wir liegen, bis du kamst."

Arolas Worte gaben Make viel zu denken. Arola, der im Sommer ein mächtiger Mann gewesen war, Englisch sprach, und dreier Büchsen hatte, lag hier von allem entblößt, Angesicht zu Angesicht mit dem Tode, und neben ihm lag Minik. Sie glich einem mit Haut überzogenen Schädel, sie, die im Süden unter den Goldgräbern vieler hundert Männer Frau gewesen war, die Sommer auf Sommer unter den Walfängern gelebt hatte.

Hier lernte Make, daß die arktische Welt kein Scherz, sondern äußerster Ernst war. Das war also der Rest von der Schar glücklicher Eskimos, die bei den Walfängern im Ueberfluß gelebt hatten. Das war der Lohn dafür, daß sie den Beruf ihrer Väter verlassen hatten und im Sommer den Schiffen gedient hatten. Keine Felle für Kleider, kein Wintervorrat. Und Make meinte als weißer Mann die Pflicht zu haben, das Unglück wieder gut zu machen, das weiße Männer verursacht hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Freistaat Baden

Der Unterrichtsetat im Plenum

Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des **badischen Landtages** am **Donnerstag,** den 20. März, vormittags 9 Uhr, stehen folgende Gegenstände: 1. Bekanntgabe der Eingänge; 2. Beantwortung kurzer Anfragen; 3. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über Hauptabt. V: Ministerium des **Kultus und Unterrichts,** sowie die einschlägigen Anträge und zwar zunächst Ausgabe Kapitel 2: Kultus, in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über die Aufbesserung geringbesoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln samt einschlägigen Anträgen und Gesuchen.

Die Gesuche zum Dotationsgesetz

Im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags wurden die noch eingegangenen Gesuche zum Dotationsgesetz vom Berichterstatter Abg. Dr. Person vorgetragen. Es sind solche aus einer Anzahl evangelischer Gemeinden und ein solches der altkatholischen Synode darunter.

Es entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, in welcher Weise derartige Massengesuche und Massenanträge, die inhaltlich, materiell ein und dasselbe wollen, im Interesse der Kosten- und der Zeitersparnis zu behandeln sind. Dieselben werden nun nach einem Beschluß des Haushaltsausschusses in einer besonderen Anlage zum Bericht aufgeführt.

Bei der Beratung über diesen Punkt in materieller Hinsicht wurde auf Vorwürfe von der Opposition, die evang. Kirchenverwaltung sei nicht genügend von dem beabsichtigten Abbau der Dotationen benachrichtigt worden, von seiten der Regierung an Hand der Akten darauf hingewiesen, daß der frühere demokratische Kultusminister schon am 12. Februar 1929 von der Entschließung des Landtags die Religionsgesellschaften, darunter auch den evang. Oberkirchenrat, verständigt und um Stellungnahme ersucht hat. Trotz wiederholten Erinnerungen hat der Ev. Oberkirchenrat erst am 18. Februar 1930 hierzu Stellung genommen, während das Erzbischöfl. Ordinariat wiederholt Schriftsätze an das Ministerium gerichtet hat.

Auch die Paritätfrage spielte wiederum eine Rolle, sowie die Höhe der Pfarrgehälter. Man konnte aus der ganzen Aussprache entnehmen, daß die liberal-demokratische Opposition keine klaren Grundsätze dabei hatte. So führte ein demokratischer Redner aus, **die Beschlüsse vor 2 Jahren seien nicht so ernst gemeint gewesen, daß ein Abbau ernstlich in Frage gekommen wäre!** Wir danken für dieses Bekenntnis und wir glauben nun und dürfen es auch annehmen, daß die jetzt von dieser Seite vorliegenden Anträge zu diesem Gesetz genau so ernst aufzufassen sind.

Als dann den Sozialdemokraten vorgehalten wurde, daß sie in der Frage der Parität heute anderer Auffassung sein sollen, führte ein sozialdemokratischer Redner aus, daß im Jahre 1899 schon Abg. Dreesbach sich dagegen gewandt hat, daß die evang. und die kathol. Kirche gleich hohe Staatsdotationen erhalten. Dies tat damals auch der antisemitische Abg. Mampel, was sich die antisemitischen Nationalsozialisten merken sollen. Die Vorwürfe der Oppositionsparteien, die Eingaben würden zu kurz behandelt, wies er mit Entrüstung zurück. Ein weiterer sozialdemokratischer Redner wies nochmals darauf hin, daß die heutigen Oppositionsparteien vor 2 Jahren gegen die sozialdemokratischen Abbauanträge gestimmt haben und die sozialdemokratische Partei daher heute gezwungen sei, die Mehrheit für ihren Antrag beim Zentrum zu suchen. Als gar ein demokratischer Vertreter über das solidarische Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Frage gegenüber dem Zustand vor 2 Jahren sich aufhielt, wurde ihm entgegengehalten, daß die Demokraten keinen Anlaß hätten zu dieser Erinnerung, denn ihr Minister hätte vor einem Jahr solch ein Verhalten, als er sich noch in der Koalition befand, anerkannt. Jetzt nehme er allerdings eine andere Stellung ein und habe für eine verantwortungsbewußte Solidarität kein Verständnis mehr.

Die evangelisch-sozialistischen Kreise teilen den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion in der Dotationsfrage, wie dies aus Erklärungen ersichtlich sei. Mit den Demokraten hätte man in dieser Frage nichts, ohne sie mehr erreicht. — Die Eingaben wurden dann durch die Regierungserklärung für erledigt erklärt.

Stürmische Generalversammlung im Hopf-Konzern

Aus Tauberbischofsheim wird dem **Heidelberger Tageblatt** gemeldet:

Die Auswirkungen des **Zusammenbruchs des Hopfkonzerns** zeigten sich in der vollkommen **überfüllten Generalversammlung** der Zentrale der Landwirtschaftlichen Lagerhäuser A.-G., die am Dienstag nachmittag stattfand. Vertreten waren 5390 Stimmen, die ein Kapital von 107 800 RM. Stamm- und 5000 RM. Vorzugsaktien darstellten. Gleich zu Beginn ergab sich eine **Auseinandersetzung** zwischen Aktionären und dem Urkundsbeamten, Notar Tavernier-Gerlachsheim, der sich genötigt sah, **Gendarmerie** zur Sicherung der Verhandlungen herbeizurufen. Generaldirektor Hopf verlas dann den Geschäftsbericht, von zahlreichen Zwischenrufen unterbrochen. Generaldirektor Hopf machte die Mitteilung, daß es möglich sein werde, die Quote von 40 Prozent auf 60 Prozent zu erhöhen.

Rechtsanwalt Dr. **Manigold**-Würzburg beschäftigte sich eingehend mit dem Status. Er kam zum Schluß, daß die Zentrale bereits in 1926 mit **einem Betrag von rund einer Million überschuldet** war. Die Verwaltung habe sich einer ganz **groben Bilanzverschleierung schuldig** gemacht. Besonders bemängelte er, daß in der Bilanz vom 30. Juni 1926 verschiedene hypothekarische Belastungen auf Grundstücke und ebenso unter Preis erworbene Aktien mit einem bedeutend über dem wirklichen Wert liegenden Betrag eingesetzt worden seien. Er forderte die Versammlung zur **Entlastungsverweigerung** auf

In der sehr lebhaften Aussprache wurden gegen den Generaldirektor **Hopf** sehr scharfe Angriffe gerichtet. Rechtsanwalt **Dr. Manigold** betonte erneut nachdrücklichst, daß, wenn bis heute die Gesellschaft trotz des Millionenverlustes noch arbeiten konnte, so nur deswegen, weil der Vorstand ausschließlich mit den **Geldern der Spareinleger** und der **Badischen Staatskredite** gearbeitet habe. Die Abhebung der Sparkonten mußte daher zum bereits Jahre vorher vorausgesagten Ende des Unternehmens führen.

Gegenerklärungen des Vorstandes, besonders des Rechtsbeistandes des Vorstandes, Rechtsanwalt **Löhr,** der sich insbesondere gegen die Darlegungen des Rechtsanwalts Dr. Manigold wandte, gingen in dem **tumultösen Stimmengewirr** der sehr erregten Aktionäre und Gläubiger unter.

Die Sensation brachte die Verkündung des **Abstimmungsergebnisses** über den vorgelegten Geschäftsbericht. Unter größter Erregung und heftigen Entrüstungsäußerungen der Versammlungsteilnehmer wurde festgestellt, daß die **Bilanz** mit Gewinn- und Verlustrechnung mit 3529 gegen 2412 Stimmen **angenommen** worden ist. Seitens des Vorstandes wurde ein Antrag eingebracht, nach dem von einer Auflösung des Aufsichtsrates abgesehen und die Einleitung eines **gerichtlichen Vergleichsverfahrens** beantragt werden soll. Die Versammlung beschloß dementsprechend.

Ergänzend sei, so erklärt das „Heidelberger Tageblatt", festgestellt, daß das Abstimmungsergebnis wohl einer Prüfung unterzogen werden muß, da bei insgesamt anwesenden 5390 Stimmen bei der ersten Abstimmung 5941 Stimmen abgegeben worden sind.

Nationalsozialistisches Hungergehalt

Die **nationalsozialistische Presse** sucht durch Uebertreibung von Gehältern sozialistischer Minister ihre Hetze gegen die Republik zu verstärken, dürfte damit jedoch keinen allzugroßen Eindruck machen, da selbst der politische Laie, die der politischen Nachkontrolle unterworfenen Repräsentationsgelder und besonderen Ausgaben (nicht zu verwechseln mit Aufwandsentschädigung) nicht als „Gehalt" rechnen wird — es sei denn, es käme ihm in den Sinn, gleich den ganzen Etat irgend eines Ministeriums dem Ministergehalt zuzurechnen. Im Zusammenhang damit dürfte es jedoch interessieren, sich einmal ein nationalsozialistisches Hungergehalt anzusehen.

Ein **Abgeordneter** der Nationalsozialistischen Partei hat unlängst im Landtag behauptet, der in Thüringen waltende nationalsozialistische Minister des Innern, **Frick,** habe ein **Gehalt von 16 000 Mark** erbeten und erhalten. Der Abgeordnete **Roth** hat in einer Versammlung die **Summe von 12 000 Mark** genannt.

Richtig ist folgendes: Das **Grundgehalt** beträgt **16 000 Mark** und die **Aufwandsentschädigung 2000 Mark.** Dazu kommt der **Ortszuschlag mit 1800 Mark** und wenn Kinder vorhanden sind, die übliche Kinderzulage. Im **Minimum** kommen also **19 800 Mark** als Gehalt für den nationalistischen thüringischen Minister Frick in Frage.

Ein Pappenstiel sind 19 800 Mark Ministereinkommen nun gerade nicht. Aber Bauer, — sell is' was anners!

Aus dem Unterrichtsministerium. Rektor Georg Schmitt an der Volksschule in Heidelberg wurde als Nachfolger von Oberregierungsrat Nerz zum Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts ernannt. Genosse Rektor Schmitt, der in der sozialdemokratischen Partei Heidelberg in zahlreichen Vertrauensämtern tätig war, wird in der Lehrerschaft als sachlich orientierte Persönlichkeit in weiten Kreisen geschätzt.

Das demokratische Heidelberger Tageblatt schreibt zur Berufung Schmitts. Man darf sich über die Berufung, die einen ausgezeichneten Schulmann aus dem praktischen Volksschuldienst in ein hohes Amt beruft, einesteils freuen, andererseits verliert Heidelberg nicht nur einen tüchtigen Pädagogen, sondern auch den bewährten Obmann unseres Bürgerausschusses. Schmitt stammt aus Wiesenbach bei Heidelberg, wo er im Jahre 1876 geboren wurde. Nach seinen Ausbildungsjahren wirkte er zwei Jahre lang als Volksschullehrer in Tauberbischofsheim, 16 Jahre in Mannheim und seit 18 Jahren in Heidelberg. Hier war er anfänglich an der Ebertschule, dann an der Mönchhofschule und später als Rektor an der Schule in Kirchheim tätig. Im Jahre 1919 wurde Schmitt als Mitglied der sozialdemokratischen Partei in den Bürgerausschuß berufen und vor vier Jahren als Nachfolger Christian Stocks zum Obmann gewählt. In dieser Tätigkeit zeichnete er sich durch vorbildliche ruhige Sachlichkeit und Sachkenntnis aus. Man darf annehmen, daß die Belange des badischen Volksschulwesens im Ministerium durch ihn aufs beste gewahrt werden.

Nationalsozialisten als Führer unmöglich

Mittwoch mittag spielte sich ein aufsehenerregender Vorfall im **thüringischen Landtag** ab. Der nationalsozialistische Abgeordnete, **Staatsrat und Vizepräsident des Landtages, Marschler,** wurde von dem Landtagspräsidenten, dem **Landbundführer, Rittergutsbesitzer v. Thümmel,** nach zweimaligem Ordnungsruf und mehreren Verwarnungen von der Sitzung **ausgeschlossen** und aus dem Saale verwiesen. Marschler ist nicht nur Mitglied des Landtagspräsidiums, sondern als Staatsrat auch Mitglied der Regierung. Der nationalsozialistische Minister Dr. Frick wohnte dem Vorgang bei.

Mercedes-Benz-Automobile

der **Daimler-Benz**-Fabriken Mannheim, Gaggenau und Untertürkheim als der ältesten Automobilfabrik der Welt, sind in allen Typen stets zu besichtigen in dem Ausstellungsraum der

Automobil-Gesellschaft Schoemperlen & Gast

Karlsruhe, Sofienstraße Nr. 74, 76, 78 und Kaiserallee Nr. 5 (Ecke Hans-Sachs-Straße)

Hyperion und Diotima

Zu Hölderlins 160. Geburtstage — 20. März

Er war bestimmt, der letzte Grieche auf deutschem Boden zu sein, dieser Klosterbeamte Friedrich Hölderlin, der am 20. März 1770 in dem anmutigen Städtchen Lauffen geboren wurde. In frühester Kindheit vaterlos, war ihm auch der zweite Gatte der Mutter, ein gütiger Mann, nicht lange gegönnt: So wuchs der schöne, weichherzige Knabe unter zwei sanften Frauen, der Mutter und Großmutter auf. Armut zwang den Hochbegabten zum Brotstudium. Wo gab es Stipendien, wenn nicht in der Theologie. Und so mußte sich Hölderlin durch zwei Klöster hindurchstudieren, bis er endlich 1788 die altehrwürdige Universität Tübingen beziehen konnte. Aber dies Studium befriedigte den ganz verinnerlichten Jüngling sehr wenig. Nur die Beschäftigung mit der Dichtung und Philosophie der Griechen, zu denen er von frühester Jugend an sich leidenschaftlich hingezogen fühlte, bot ihm einigen inneren Halt.

Im Herbst 1793 waren die Studien beendet. Was nun? Er sollte Pfarrer werden und war aufs gründlichste dem Christenglauben entfremdet. Er wollte versuchen als Schriftsteller zu leben. Konnte er, der Uebersensitive und schon damals leicht Melancholische, sich im alltäglichen Betrieb zurechtfinden? Ein Glücksstern schien ihm aufzugehen, als er die persönliche Bekanntschaft Schillers machte, und dieser ihn als Hauslehrer an Frau von Kalb empfahl. Auch veröffentlichte der Dichterfürst mehrere der Gedichte Hölderlins in der Thalia und förderte ihn, wo er konnte. Aber ein Aufenthalt in Weimar brachte nicht die erhoffte Lebensstellung und tief bedrückt kehrte der junge Mann, damals schon schwer leidend am Gegensatz zwischen der Wirklichkeit und seinen Idealen: Freiheit und Schönheit — in die Heimat zurück. Trost fand er nur im Schaffen an seinem großen Roman „Hyperion", in dem er all sein Sehnen und seine Enttäuschung niederschrieb.

Da kam das Verhängnis. Es trug zuerst ein freundliches Gesicht: ein Freund verschaffte ihm eine Hauslehrerstelle in einem vornehmen Frankfurter Haus, bei dem Bankier Gontard. Im Jahre 1796 trat der junge Dichter seine neue Stellung an. Und schnell erfüllte sich „das Unheil". Zur Mutter seiner Zöglinge, der bildschönen, geistvollen, verwöhnten Frau Susette Gontard, erfaßte ihn eine heftige Leidenschaft. Und es wurde nicht besser, als er sah, wie rob der Gatte die Frau behandelte, und daß die ihm Gleichalterige begann, seine unheilvolle Liebe zu erwidern.

Der geliebten Frau hat Hölderlin ein unvergängliches Denkmal gesetzt in seinen Liedern und in der Gestalt der Diotima im Hyperion-Roman. Diotima ist Susette — und auch hier entstanden aus großen Schmerzen kleine Lieder und Dichtungen voll weher Schönheit, voll eigenartigem Zauber. Ostern 1797 kam der Roman heraus. Kein Buch fürs breite Publikum. Demgemäß war auch der Erfolg. Aber noch ein kurzer glücklicher Sommer war ihm mit seiner Diotima gegönnt, dann mengte sich der „neidische Tag" in das bittersüße und aussichtslose Fühlen zweier schwärmerischer Herzen. Im September 1798 verließ er — nach einer unangenehmen Szene mit dem Gatten — ohne Abschied von der geliebten Frau das Haus. Es war ein Abschied vom Leben.

Grenzenlose Unruhe ist die Signatur der nun folgenden leidvollen Wanderjahre Hölderlins. Wir sehen ihn in Homburg, in Rastatt, in Nürtingen, in der Schweiz. Der zweite Band des Hyperion erschien, der „Empedokles". Ein gewaltiges Drama von sophokleischer Schönheit, ward geschaffen, ein Torso, der viel Vollendetes aufwiegt. Die Gründung einer Zeitschrift blieb in den Anfängen stecken. Die innere Unrast und Zerrissenheit des Dichters wuchs und die geistige Erkrankung, zu der er seit seiner Jugend den Keim in sich getragen hatte, begann ihre dunklen Schatten um sein Haupt zu legen. Und in all dem Leid war der Briefwechsel mit seiner Diotima Trost und stets erneute Qual zugleich.

Sehr müde nahm er 1801 die Stelle als Hauslehrer bei dem Hamburgischen Konsul in Bordeaux an. Anfänglich schien ihm der Wechsel der Umgebung gut zu tun, das südliche Klima wirkte belebend. Am Karfreitag 1802 erhielten die Seinen den letzten Brief von ihm. Aber in der zweiten Juniwoche stand ein Bettler mit flackerndem Blick, mit wirrem Haar, ermattet und nahe dem geistigen Tode, an der Türe der Mutter!

Zu Fuß war der Unselige von Bordeaux in die Heimat zurückgepilgert. Man hat allen Grund, zu vermuten, daß er von der schweren Erkrankung Susettes erfahren hatte. Das „wie" ist freilich nie aufgeklärt worden. Am 22. Juni starb Diotima. Die Botschaft ihres Todes traf nur mehr einen, der ewiger Geistesnacht verfallen war.

Die Geisteskrankheit schritt unaufhaltsam fort. Treulich gepflegt und behütet mußte der unglückliche Dichter noch bis zum 7. Juni 1843 atmen als seelisch Gestorbener bis ihn ein sanfter Tod erlöste.

Hölderlin ist durch und durch Lyriker. Aber einer der Größten, die je in deutscher Sprache geschrieben haben. Und dazu ist er Grieche und Pantheist. Von seinen Knabenjahren an war ihm die Natur eine „verschleierte Geliebte". Ihr hat er wundervolle Strophen geweiht. Zu ihr läßt er auch seinen Empedokles heimkehren, als er sich in den feurigen Schlund des Aetna stürzt. Seine Oden gehören zu den gewaltigsten Dichtungen. Einige darunter, so das tiefsinnige Schicksalslied, sind von der Größe der antiken Tragiker durchhaucht. Man empfinde jene Strophe aus der Ode „Das Schicksal":

„Mit ihrem heilgen Wetterschlage,
Mit Unerbittlichkeit vollbringt
Die Not an einem großen Tage,
Was kaum Jahrhunderten gelingt." — — —

Wie selten bei einem Menschen prägt auch Hölderlins äußere Erscheinung sein Wesen aus. Es ist dieselbe tiefinnere Wehmut des Wehlos-Schönen, wie auf den Bildern des Antineos, die uns aus Hölderlins Augen anblickt, die ihre Runen um seinen feingezeichneten Mund eingegraben hat .... Aber über diesen Zügen liegt ein unendlich weihevoller Abglanz von dem, was seines Wesens Gehalt war, und was er einmal auf der Rückseite eines Briefes an seine Diotima in ein paar Zeilen ausgedrückt hat:

„Reinen Herzens zu sein — das ist das Höchste,
Was Weise ersannen, Weisere taten."

H. Wagner.

Der Arbeiter-Funktag

Die neuesten Errungenschaften der künstlerischen Technik — Film Rundfunk, Schallplatte — sind noch längst nicht in ihrer ganzen kulturellen Tragweite erkannt worden. Ihre Bedeutung besteht darin, daß sie künstlerische Genüsse und wissenschaftliche Erkenntnisse an die Massen heranzubringen verstehen. Es vollzieht sich auf kulturellem Gebiete die gleiche Wandlung wie auf politischem: von der Aristokratie zur Demokratie. Die moderne Technik ist berufen und geeignet, Kunst und Wissenschaft zu demokratisieren, zum Gemeinbesitz zu machen.

Aber diese selbstverständliche Wahrheit, die so einleuchtend ist, daß man sich fast schämt, sie auszusprechen, setzt sich durchaus nicht selbstverständlich und mühelos in die Tat um. Der Kapitalismus hat, wie das so seine Art ist, uns auch diese Gaben vor dem Munde weggeschnappt. Die bürgerliche Gesellschaft, der diese herrlichen Erfindungen eigentlich gar nicht zugedacht waren, hat sie zu ihren ausbeuterischen Zwecken mißbraucht. Am gründlichsten den Film, der nur in Rußland sozialisiert ist, überall sonst aber der bürgerlichen Profitgier und der bürgerlichen Moral und Ideologie dient. Die Eroberung der Schallplatte ist nicht ganz so aussichtslos, und der Rundfunk ist auf dem Wege, dem Privatkapital entrissen und in ein Staatsmonopol verwandelt zu werden. Noch sind wir weit von diesem Ziel entfernt. Das Privatkapital, das der Reichspost bei der Organisation des Rundfunks aushalf, hat den Rundfunkprogrammen seine häßlichen Züge aufgeprägt. Wir erleben das in jeder Woche von neuem.

Wir sehen die Aufgabe klar vor uns: den Rundfunk mit dem Geiste der Massen, mit proletarischem Geiste, zu erfüllen. Eine „Kanzel des Volkes" muß der Rundfunk werden. Von selber wird er das nicht werden. Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, müssen enorme Widerstände überwinden, ehe wir den Rundfunk den reaktionären Gelüsten des Bürgertums, das ihn mit Hilfe einer brutalen und lächerlichen Zensur knebelt und seinen Zwecken dienstbar macht, entrissen haben. Wir können diesen Kampf nur dann erfolgreich ausfechten, wenn wir uns organisieren: den politischen und wirtschaftlichen Verbänden die kulturellen zur

Die Zolländerungen

Die „Ermächtigungs"-Wünsche abgeschlagen

Dem Reichstag sind die Anträge der Regierungsparteien zur **Abänderung der Zölle** für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse inzwischen zugegangen. Sie werden am Montag beraten werden. Dabei ist die untragbare ursprüngliche Absicht der agrarischen Parteien, der Regierung eine uneingeschränkte Ermächtigung für die Erhöhung der Zölle zu erteilen, erfreulicherweise geschei-tert. Diese Ermächtigung hätte nicht nur das Parlament von einem der wichtigsten gesetzgeberischen Aufgabengebiete ausgeschal-tet, sie hätte auch die Gefahr hervorgerufen, daß unter dem Druck der Agrarier die Regierung sich gezwungen gesehen hätte, weit-gehende Zugeständnisse zu machen, die sowohl die Lebensinteressen der verbrauchenden Bevölkerung als auch die Industrieerzeugung schwer gefährdet haben würden.

Die **Aenderung der Zollsätze für Mais, Kleie, Maltakartoffeln** haben nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Veränderung bei **Gerste** und **Hafer** und die Einführung eines **Staatsmonopols für Mais**, dienen dem Schutz der inländischen Roggenerzeugung und sind mit Sicherheiten für die Viehzüchter verbunden. Die Zollsätze für **Roggen**, dem wichtigsten Nahrungsmittel der arbeitenden Be-völkerung bleiben **unverändert**. Der Zollsatz für **Weizen**, der sich bisher zwischen 3.50 ℳ und 9.50 ℳ bewegte, soll sich künftig zwi-schen 1.50 ℳ und 12 ℳ bewegen. Dabei bleibt aber der **bisherige Preis** von 26 ℳ für den Doppelzentner unverändert. Der **Mehlzoll** wird der Veränderung des Weizenzolls angepaßt. Der Zoll auf **Zucker** wird von 25 ℳ auf 32 ℳ für den Doppelzentner erhöht. Der Höchstpreis dafür aber von 21 ℳ auf 20.50 ℳ per Zentner, also um eine Mark pro Doppelzentner herabgesetzt.

Wildgewordener Jugenderzieher

Die Schwäbische Tagwacht berichtet, daß ein Lehrer an der Ober-realschule in Cannstatt seinen Schülern das folgende Aufsatzthema gestellt habe: **„Ein Schuft, der den Youngplan unterschreibt".** In der Besprechung der Aufgabe soll er zu den Schülern gesagt haben: „Pfui, pfui, eure Väter sind schuld daran, daß er nicht abgelehnt wurde."

Dieses Pfui beschimpft nach Lage der Verhältnisse neben Hin-denburg, Reichstag, Reichsregierung usf. auch die sämtlichen diesem ehrenwerten Jugendbildner **vorgesetzten Mitglieder** des württem-bergischen Staatsministeriums, einschließlich des deutschnationalen Kultministers Bazille, welcher der Zustimmung der württem-bergischen Regierung im Reichsrat zu den Younggesetzen nicht wi-dersprochen hat. Man kann daher darauf gespannt sein, was ge-schieht, um den famosen Jugenderzieher zur Verantwortung zu ziehen.

Kommunisten-Reinigung ohne Ende

Mitgliederschwund allerorten

Ein Ekkibrief der KPD., der von der kommunistischen Presse bisher ihren Lesern vorenthalten worden ist, wird in der neuesten kommunistischen Internationale veröffentlicht. Der Brief beschäftigt sich mit dem Antrag der KPD. und anderen Kommis-sionssektionen, auf eine sogenannte **personelle Reinigung der Par-tei.** Man erfährt aus ihm, daß die Thälmann-Neumann beim Exe-kutiv-Komitee vorgeschlagen haben, eine Kontrolle der KPD. und einzelner Parteimitglieder mit Hilfe „besonderer Kommis-sionen" durchzuführen. Für diese Kontrolle sollten besondere Frage-bogen hergestellt werden, in denen die der Kontrolle unterworfenen Parteimitglieder über ihre Zeiteinteilung Rechenschaft ab-legen sollten.

Die Entwicklung der Kommunistischen Partei weist gegenwärtig folgende Erscheinung auf: Es findet **kein zahlenmäßiges Wachstum** der kommunistischen Parteien statt, und in einer Reihe von Sek-tionen, so in England und der Tschechoslowakei vollzieht sich ein un-unterbrochenes **Sinken der Mitgliederzahlen.** An die Stelle der ausgeschlossenen oder der die Partei verlassenden Opportunisten kommt **kein neuer Zustrom** frischer revolutionärer Elemente. Der Ekkibrief verlangt schließlich die Erneuerung der leitenden Kader durch **frische Kräfte als Parteiführer.** Sie müssen vorher den Nach-weis erbracht haben, daß sie Verbindung mit den Betrieben haben.

Lord Balfour gestorben

London, 19. März Der ehemalige Premierminister und konser-vative Führer Lord Balfour ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Balfour ist vor allem als Außenminister des englischen Kriegs-kabinetts und Urheber der Palästina-Deklaration hervorgetreten.

Verständigungskundgebung deutscher und französischer Katholiken

In Paris fand eine **Kundgebung deutscher und französischer Katholiken,** an der u. a. ein Vertreter des französischen Außenmini-steriums und der deutsche Botschafter teilnahmen, zur Förderung einer engeren Zusammenarbeit der deutschen und französischen Ka-tholiken und einer deutsch-französischen Verständigung statt.

Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei

In der Zeit vom 20. bis 24. März findet der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim statt.

Seite zu stellen. Das ist für das Gebiet des Rundfunks Ziel und Bedeutung des „Arbeiter-Radio-Bundes".

Für alle Arbeiter lautet daher die Mahnung: Werdet Mitglieder des Arbeiter-Radio-Bundes!

Der Arbeiter-Radio-Bund steckt noch in den Kinderschuhen. Er zählt zwar 100 000 Mitglieder in Deutschland — aber das ist, wenn man bedenkt, daß es drei Millionen zahlender Rundfunkhörer gibt und diese Hörer sich etwa zu vier Fünfteln aus dem Proletariat rekrutieren, eine noch viel zu geringe Zahl. Man muß sozusagen Reklame machen: für seine Ziele werben. Der Arbeiter-Radio-Bund veranstaltete in diesem Sinne am 16. März in der Kroll-Oper in Berlin einen „Arbeiterfunktag 1930" unter dem Ehren-vorsitz des Reichskanzlers Hermann Müller und der Frau Luise Ebert. Der Reinertrag dieser Veranstaltung, bei der die besten Berliner Vortragskünstler — Alfred Beierle, Heinrich George, Gertrud Eysoldt, Franziska Kinz, Agnes Straub und Theodor Loos — ferner das Symphonieorchester des Deutschen Musikerverbandes, unentgeltlich mitwirkten, floß der „Sozialen Radiohilfe" des Bundes zu. Auch das ist noch viel zu wenig bekannt, daß in Bastelstuben Radiogerät kostenlos hergestellt und körperlich Schwer-behinderten zur Verfügung gestellt wird.

Das Programm der Veranstaltung, die auf die meisten deutschen Sender — der Stuttgarter Sender übertrug die Veranstal-tung nicht! — übertragen wurde, war auf einen rein proletarischen Ton gestimmt. Reichsinnenminister Severing unterstrich in einer knappen Ansprache die völkerverbindende Mission des Rund-funks. Zwischen drei Orchesterstücken — der Ouvertüre zu „Robes-pierre", einem Satz aus der 6. Sinfonie von Tschaikowsky und der „Egmont"-Ouvertüre — sprachen Dichter aller Völker zu uns: Frei-ligrath, Dehmel, Rilke, Zerfaß, Mehring, der Franzose Béranger, der Belgier Verhaeren, der Amerikaner Whitman. Am ergreifend-sten aber waren zwei Briefstellen der Rosa Luxemburg. Es waren künstlerisch vollendete Darbietungen und ein Programm, wie man es sich im Rundfunk wünscht. Manche Sender könnten sich ein Beispiel daran nehmen ....

Ein Skandal bei der Reichsbahngesellschaft

Man schreibt uns: Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichs-bahn-Gesellschaft hat eine Reihe von Sparmaßnahmen angeordnet, die sich aber nur gegen die Arbeiter und einen Teil der Beamten-schaft richten. Infolge der Wirtschaftskrise ist der Verkehr etwas zurückgegangen. Nach Absicht der Hauptverwaltung sollten dem-zufolge in den RAW's nahezu **7 000 Arbeiter** entlassen werden, um die Arbeitslosenziffer weiter zu erhöhen. Nach Verhandlungen mit den Tariforganisationen gelang es, eine Vereinbarung zu tref-fen, daß anstelle der Entlassungen auf die Dauer von 8 Wochen Kurzarbeit in den RAW's eingeführt wurde.

Für den Betriebsdienst hat die Hauptverwaltung angeordnet, daß die Kopfzahl für den Rbd-Bezirk Baden mit sofortiger Wir-kung um **700 Köpfe reduziert** ist. Die Einsparung dieser 700 Köpfe soll dadurch erreicht werden, daß die Dienstpläne verlängert, also **längere Arbeitszeit** geleistet werden soll. Der überschießende Teil von Arbeiter soll in die Bahnmeistereien versetzt oder bei etwaiger Unmöglichkeit **entlassen** werden. Die Hauptverwaltung der Reichs-bahn-Gesellschaft hat ihre Sparmaßnahmen von jeher auf die am schlechtestbezahlte Arbeiterschaft abgewälzt.

Was aber einen unerhörten Skandal darstellt, ist die Tatsache, daß zur gleichen Zeit, wo obige Sparmaßnahmen durchgeführt wer-den sollen, im Reichsbahndirektionsbezirk Karlsruhe 25 Nothelfer auf die Dauer von 14 Tagen eingestellt wurden. Die Nothelfer, die eine Vergütung von rund RM. 10.— pro Tag erhalten, sollen wohl eingetrichtert werden, um im Falle eines Arbeitskampfes den betreffenden Arbeitergruppen in den Rücken fallen zu können.

Wenn also schon Sparmaßnahmen notwendig wären, so wird kein vernünftiger Mensch begreifen können, daß zur gleichen Zeit „Nothelfer" eingestellt werden. Die Reichsbahn-Gesellschaft hätte wahrlich alle Veranlassung, **dort** zu sparen, wo es wirklich ange-bracht wäre. Es sei nur an die **24 Millionen Leistungszulage** sogen. **Korruptionszulage** erinnert. Erst vor wenigen Tagen ging durch die Presse eine Notiz von den ominösen Schecks, die den oberen Beamten dann und wann so unauffällig zulaufen. Es sei ferner an die Riesengehälter der sogen. leitenden Reichsbahnober-beamten erinnert.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat Gelder genügend zu Zwecken, die sich **gegen** das Personal richten. Andererseits wird die Oeffentlich-keit mit einer angeblich notwendigen Tariferhöhung beunruhigt. Es ist an der Zeit, daß sich die Oeffentlichkeit mehr mit den un-sozialen und unwirtschaftlichen Praktiken der Reichsbahn beschäftigt. Dazu ist auch der von der SPD. im Reichstag eingereichte Antrag geeignet. Darüber hinaus liegt es im Interesse des reisenden Publikums und der Verfrachter, daß die **Reichsbahn wieder voll und ganz der Reichsregierung unterstellt** wird. Es ist ferner notwendig, daß sich der **Reichstag** alsbald aufrafft, um die obengenannten un-nützen Ausgaben abzustellen.

Revüe Berlin

Große Säufer, große Dichter und große Städte haben Phantasie. Während Abend für Abend das beleuchtete Luftschiff einer Schoko-ladenfirma über Berlins Straßen fliegt, das aussieht wie der fliegende Teppich aus tausendundeiner Nacht, erinnern die Geschäfte seiner Bewohner an die Zauberkunststücke Aladins. Da ist z. B. das Geheimnis eines Teppichgeschäftes, das lange Zeit im Berliner Osten existierte. Der Chef war Ein- und Verkäufer in einer Person. Seine „Geschäftsreisen" machte er nach dem Berliner Westen: glaubte er sich unbeaufsichtigt, dann rollte er in den Treppenfluren der Häuser die Läufer zusammen, reinigte sie in seinem Geschäft und verkaufte sie als „nur wenig gebraucht". Schade, daß ihn ein Por-tier bei seinen „Einkäufen" ertappte. Noch besser allerdings war der Tip einer Frau. Sie hob in den Ballsälen die Tombola-Nieten, die ihre Besitzer weggeworfen hatten, auf, faltete sie wieder sorgfäl-tig zusammen und verkaufte sie als Lose, Stück eine Mark. Damit kam sie im Laufe eines Abends auf ein Verdienst von 80—100 Mark. Es wäre das der sicherste Weg zum Millionär, vorausgesetzt, daß sich nicht ein Käufer bei der Leitung beschwert, er hätte nur Nieten bekommen, und die Leitung nach der Verkäuferin forscht und sieht, daß die Verkäuferin — gar keine ist.

Kein Wunder, wenn auch die Theater eine ähnliche Praxis be-vorzugen. Das „Berliner Theater", in dem es das amerikanische Kolportagestück „Die Straße" gibt, veranstaltet während der Pause eine Abstimmung, ob das Stück gefallen hat oder nicht. Man soll auf den Zettel nur ja oder nein schreiben. Allerdings faßte man die Berliner bei ihrer Ehre und wies darauf hin, daß ein Stück, das in Neuyork, in London, in Stockholm riesigen Erfolg gehabt hatte, doch auch in Deutschlands Hauptstadt gefallen müsse. Und um das zu unterstreichen, versprach man allen zur Majorität ge-hörenden Billetts zu halben Preisen.

Nun hat wohl niemand seine Schwiegermutter nicht so lieb, daß er ihr nicht zu halbem Preis die Freude dieses Stückes gegönnt hätte. Und deshalb kann die Reklame plötzlich mit Recht von einem „Publikumserfolg" sprechen.

*

Daß die Berliner Phantasie haben, beweist auch die klassische Zusammensetzung ihrer Namen. Ein Blick ins neue Telephonbuch macht auch das Unmögliche wahr.

Hätte man etwa geglaubt, daß ein gewisser Herr Goethe eine — Plättanstalt hat? Und Friedrich Schiller schlecht und recht Schankwirt einer Patzenhofer-Klause geworden ist? Aber die ber-liner Metamorphosen unserer „Dichter und Denker", angefangen von den Klassikerausgaben mit Goldschnitt bis zum Schweinsleder gebundenen Wäzer gehen noch weiter, Heinrich Heine hat das „Buch der Lieder" mit dem Malerpinsel vertauscht, Julius Caesar hat seinen Feldherrnstab hingelegt und ist Bauingenieur geworden, und Boccaccio schreibt nicht mehr so amüsant unanständige Geschichten, sondern pflegt eine Baumschule. Franz Schubert backt Brote, der dämonische Grabbe plombiert Zähne und Richard Wagner hat ein „Hackepeter-Lokal" im Berliner Norden erworben. Nur Hans Sachs hat sein Metier respektiert. Er ist vom Schuhmachermeister zum Lederagenten avanciert. Die bürgerlichen Namen dagegen gehen ihre Zahl nach ins phantastische. Aus den „Schulze" in Berlin könnte man eine ganze Großstadt machen, so heißen nämlich nicht weniger als 121 500 Einwohner. Die „Müller" folgen mit 100 000 Vertretern, „Schmidt" mit 93 000, „Krüger" mit 49 000, und „Mayer" mit 40 000. Auf diese fünf Namen allein entfällt ein Zehntel der Berliner Bevölkerung.

*

Eine Stadt mit Phantasie hat soviel Kamele und Elefanten, daß ein Zoo nicht mehr genügt. Deshalb hat Hagenbeck beschlossen, an der westlichen Peripherie Berlins einen Tierpark von 500 000 Quadratmeter für 12 Millionen Mark anzulegen. Die Tiere sollen noch freier herumlaufen als in Stellingen, ebenso die Berliner selbst. Denn der Park soll gleichzeitig eine Erholungs- und Unter-haltungsstätte werden. Berlin, als „zweitgrößte Stadt der Welt" glaubt sich diesen Luxus leisten zu können. Diese Ehre verdankt es nicht der Menge ihrer Einwohner, sondern der Ausdehnung seines Stadtgebietes. Denn flächenmäßig ist Los Angelos, und nicht etwa Neuyork und London die größte Stadt der Welt. Eine zahlreiche internationale Gesellschaft hat sich an der Spree ange-siedelt, 135 000 Ausländer sind hierorts seßhaft, wobei die Gäste der 500 Hotels und 650 Pensionen, die zusammen über 30 000 Fremden-betten verfügen, nicht einmal berücksichtigt sind.

Aber schon genügt es nicht mehr, Hotels nur für Menschen zu bauen, auch die Autos sollen entsprechend logiert werden. So ist das neueste Projekt, in Schöneberg einen Hotelhochbau zu errichten, der neben den 9 Stockwerken mit 450 Betten im Untergeschoß 400 Garagen für 150 Wagen unterbringt.

Wahrscheinlich vergißt man bei diesen Rechnungen, daß das größte Hotel von Berlin weniger Komfort aufweist — es ist nämlich das Obdachlosenasyl, das 5000 Gäste faßt. Um 6 Uhr mor-gens müssen sie ihr Lager verlassen, lungern eine Stunde auf der Straße herum, dann werden die Wärmehallen geöffnet, bis 3 Uhr nachmittags. Um 4 Uhr nimmt sie schon wieder das Asyl auf, ein Teller Suppe wartet auf sie und eine Matratze — der Tagesstreif-lauf ist geschlossen. Das klingt weniger großsprecherisch, weniger sensationell, riecht vielmehr nach peinlicher Wirklichkeit und ist als Fremdenpropaganda schwer zu gebrauchen.

Nun stehen aber schon die Händler mit Veilchen und Maiglöck-chen an den Straßenecken, in den Parks sprießen Greise und Kinder-wagen hervor, und die Luft ist voller Sonne, nun wird ihnen bald eine Bank am Straßenrand zur Wärmehalle werden und der Platz zwischen zwei Bäumen zum Asyl, und darin steckt dann mehr Phan-tasie als in einem Autohotel mit 450 Zimmern!

H. E.

Gewerkschaftsbewegung

Aussperrung in der Jutespinnerei Mannheim

Die Vereinigte Jutespinnerei und Weberei A.G. in Mannheim hat am Dienstag nachmittag ihre gesamte Belegschaft von 1300 Arbeitern, darunter 960 Frauen, ausgesperrt. Die Aus-sperrung ist als Erwiderung auf die Arbeitsniederlegung in einem Teilbetrieb zu betrachten. Hier herrschten Akkord-Differenzen.

Erhebungen über die Arbeitszeit

Die **freien Gewerkschaften** haben durch ihre Ortsausschüsse erneut eine **Erhebung über die in einigen wichtigen Wirtschaftszweigen tatsächlich geleistete Arbeitszeit** durchgeführt. Ermittelt wurde der Stand der Arbeitszeit in der Woche **vom 10. bis 15. Februar.** Die Beteiligung der Ortsausschüsse an der Erhebung war diesmal stärker als bei früheren Erhebungen. Beteiligt haben sich 746 Orts-ausschüsse, d. h. 190 mehr als bei der Erhebung im Oktober 1928. Die neue Statistik erstreckt sich auf über 63 500 Betriebe mit mehr als 2,7 Millionen Beschäftigten; sie beschränkt sich auf Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, chemische Industrie, Holzindustrie, Metallindu-strie, Schuh- und Textilindustrie.

In keiner der erfaßten Industrien ist, wie die Gewerkschafts-zeitung in einer Auswertung der Ziffern feststellt, die Arbeitszeit-gestaltung einheitlich. Neben Bezirken mit ganz geringer Mehr-arbeit in der betreffenden Industrie gibt es Bezirke, in denen große Teile der Berufsangehörigen noch über 48 Stunden arbeiten. Der **eigentliche Herd der Mehrarbeit ist Rheinland-Westfalen.** Die Ar-beitszeitregelung in der Schwerindustrie beherrscht die übliche Ar-beitszeit in allen anderen Industrien. Ueber die Hälfte aller von der Erhebung in Rheinland-Westfalen erfaßten Metallarbeiter arbeitete mehr als 48 Stunden. Im Baugewerbe des Rheinlandes arbeiteten von 100 Arbeitern mehr als 48 Stunden 21,5, im Bau-gewerbe Westfalen 5,2. Für die chemische Industrie lauten die ent-sprechenden Ziffern 5,7 und 38,1, für die Textilindustrie 20,4 und 34,2. Gleichzeitig erreichte die **Kurzarbeit** im Rheinland 33,6 v. H. der Textilarbeiter, 27,4 v. H. der Schuhmacher und 19,2 Prozent der Metallarbeiter, in Westfalen 30,5 Proz. der Metallarbeiter und 13,9 der Textilarbeiter. Also Mehrarbeit, Kurzarbeit und drückende Arbeitslosigkeit am gleichen Ort!

Zur Beseitigung dieses Chaos genügt noch nicht die Vermeidung von Ueberstunden und die Beseitigung der über 48stündigen Ar-beitszeit. Notwendig ist nach der Auffassung der freien Gewerk-schaften **eine vom arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkt geleitete gesetzgeberische Arbeitszeitregulierung,** eine Regulierung, die den Erfordernissen der rationalisierten, fortlaufend Arbeitskräfte frei-setzenden Wirtschaft entspricht und eine angemessene Senkung der Arbeitszeit auch unter 48 Stunden durchführt.

Volkswirtschaft

Der „Landesverband der Bausparer der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, Gemeinnützige G. m. b. H., Ludwigsburg (Württ.) soll nach uns zugegangenen Mitteilungen Mittel- und Unterbaden sowie die Pfalz und Hessen umfassen. Den Vorsitz in dem Landesverband führt vorläufig Regierungsbaurat a. D. Kohler in Heidelberg.

Karlsruher Börse

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Als Folge der zurzeit im Reichskabinett stattfindenden Beratungen über Zollerhöhungen ist eine leichte Besserung der Lage feststellbar. Futtermittel haben ruhigen Markt. Süddeutscher Weizen (Durchschnittsqualität der Ernte 1929) 27.00—27.25, Deutscher Roggen (Durchschnittsqualität der Ernte 1929) 17.00—18.00, Braugerste, je nach Qualität 18.00—20.00, Sortier-Futtergerste 13.00 bis 16.00, Deutscher Hafer, geld oder weiß, je nach Qualität 15.25—16.25, Plata-Mais, zollbegünstigt 15.75—16.00, Weizenmehl, Mühlenforderung einschl. Zollzuschlag 38.25, Roggenmehl 60—65% 25.00—27.00, Weizenboll-mehl (Futtermehl) je nach Fabr. prompt 9.00—9.50, Weizenkleie, fein, prompt 8.25—8.50, Weizenkleie, grob, prompt 8.75—9.00, Biertreber, je nach Qualität, prompt 11.25—11.75, Malzkeime, je nach Qualität 10.75 bis 11.75, Trockenschnitzel, lose, je dach Fabrikat 8.75—9.00, Rapskuchen, lose, ohne Angebot, Erdnußkuchen, lose 13.50—15.00, Kokoskuchen, je nach Fabrikat 13.50—14.25, Soyaschrot, südd. Fabrikat, je nach Lieferzeit 14.00 bis 14.50, Leinkuchenmehl, je nach Fabrikat 18.00—19.00, Speisekartoffeln, gelbfl. 5.50—6.00, Speisekartoffeln, weißfl. 4.00. — **Rauhfuttermittel:** Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 8.00—8.50, Rotkleeheu 9.00—9.25, Luzerne, je nach Qualität 9.00—9.50, Stroh, drahtgepreßt, je nach Qua-lität 5.50—5.75. Alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide und Trockenschnitzel ohne Sack, Frachtpari-tät Karlsruhe bezw. Fertigfabrikate Paritär Fabrikstation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landes-produkten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten. — Ab-teilung Weine und Spirituosen: Abgesehen von laufenden Bedarfskäufen und von sogenannten Notverkäufen ist das Weingeschäft unverändert schleppend. Edelbranntweine werden ebenfalls nur bei Bedarf gehandelt bei unveränderten Preisen.

Aus aller Welt

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Südfrankreich

Paris, 19. März. Nach einer amtlichen Statistik stellt sich die Zahl der Opfer und der Schäden bei der Ueberschwemmungskatastrophe, von der elf Departements heimgesucht worden sind, wie folgt: Zahl der **Toten 206,** Zahl der **zerstörten Häuser 2700,** überschwemmtes Gebiet 140 000 Hektar. Der Sachschaden wird gegenwärtig auf **eine Milliarde Francs** geschätzt.

Die erste Börsenmaklerin wegen Konkursverbrechens verurteilt

Neuyork, 19. März. Miß Margarete Mac Cann, die erste Effektenmaklerin an der Neuyorker Börse, wurde wegen Konkursverbrechens zu einer **Gefängnisstrafe** von nicht über drei Jahren verurteilt. Die Passiven der Firma beliefen sich auf beinahe eine halbe Million Dollars.

Die erste Ausreise der „Europa"

Bremen, 19. März. Der Schnelldampfer „Europa" des Norddeutschen Lloyds trat um 1 Uhr mittags von Bremerhaven seine erste Reise nach Neuyork an. Die 2. Klasse, die 3. Kajüte für Touristen und die 3. Klasse des Schiffes sind ausverkauft, die 1. Klasse ist gut besetzt. Außer den fünf Sonderpassagierzügen des Norddeutschen Lloyd verkehrte aus Berlin der Lloyd-Expreß mit vollbesetzten Schlafwagen auf direktem Wege über Bremen nach Bremerhaven-Columbus-Pier.

Frau Hanau im Hungerstreik

Paris, 19. März. (Eig. Draht.) Die Direktorin der Gazette du Franc und Hauptakteurin des um den **Zusammenbruch ihrer Unternehmungen** entstandenen Skandals, Frau Martha Hanau, ist am Mittwoch in den zwanzigsten Tag ihres Hungerstreiks getreten. Am Mittwoch wurde die Frau zwangsweise ernährt. Die Streikende wehrte sich gegen die Zwangsernährung, so daß acht Personen zu deren Durchführung mobilisiert werden mußten.

Paul Kießling gestorben

Dresden, 19. März. Der Gerichtsberichterstatter Paul Kießling, Mitarbeiter mehrerer Zeitungen und Herausgeber einer Korrespondenz, ist gestern abend im Krankenhaus einem Herzschlag erlegen. Kießling, der schwer herzleidend war, hatte gelegentlich der **kommunistischen Demonstrationen** am 13. März, als er sich zum Polizeipräsidium begeben wollte, mehrere **Schläge mit dem Gummiknüppel** und einem **Faustschlag** ins Gesicht erhalten. Die Verletzungen führten zu einer Blutvergiftung, dessen Folgen Kießling dann erlegen ist.

Weiblicher Schuldirektor

Frankfurt a. M., 19. März. Studienrätin Anna Hoffa ist zur Direktorin der hiesigen Viktoriaschule ernannt worden. Sie ist **der erste weibliche Schuldirektor in Hessen-Nassau.**

Geheimrat Frobenius zurückgekehrt

Frankfurt a. M., 19. März. Geheimrat Leo Frobenius vom Frankfurter Institut für kulturelle Morphologie ist **nach mehr als 2monatigem Aufenthalt in Südafrika** nach Frankfurt zurückgekehrt.

Großer Versicherungsbetrug in Memel

Wie das Memeler Dampferboot meldet, wurde der Lehrer Kasimir Matulaitis, der am litauischen Gymnasium in Memel unterrichtete, unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges festgenommen. Er hatte, ohne daß seine Frau es wußte, sich bei vier deutschen Lebensversicherungsanstalten mit etwa 275 000 M versichert. Er hatte die notwendigen Geschäftshandlungen nicht in Memel, sondern in Orten des Memelgebietes vorgenommen, wo er nicht bekannt war, und dabei eine mehrfach vorbestrafte Schneiderin Schleusner als seine Frau vorgestellt, die auch die Unterschriften für seine Frau gab. Kurz nachdem die ersten Prämien an die Gesellschaften gezahlt worden waren, starb plötzlich die Ehefrau des Matulaitis, und zwar am 28. Februar dieses Jahres. Die Auszahlung der einzelnen Versicherungssummen stand bevor, als der Memeler Vertreter des Iduna bei einem Gespräch mit einem Memeler Arzt ganz zufällig feststellte, daß nicht nur bei der Iduna, sondern auch bei anderen Gesellschaften eine Versicherung abgeschlossen war. Schlag auf Schlag erfolgte nun die Aufdeckung des Verbrechens. Die Prämien, die Matulaitis für die in betrügerischer Absicht geschlossenen Versicherungen hätte zahlen müssen, waren mehr als doppelt so hoch als sein Gehalt. Matulaitis und die Schleusner, die gestern auch verhaftet wurde, bestreiten jede Schuld an dem plötzlichen Tod der Frau Matulaitis. Sie geben nur den Versicherungsbetrug zu.

Deutscher Höhenrekord

Der Würzburger Fallschirmpilot Resch sprang am Mittwoch in der Nähe von Kassel in 5166 Meter Höhe aus einem Flugzeug des Kasseler Flugmeisters Fieseler und landete nach 20,1 Minuten glatt. Die Piloten beabsichtigten, eine Höhe von 6000 Metern zu erreichen und den Höhenrekord der Fallschirmabsprünge zu brechen. In 5000 Meter herrschte jedoch eine starke Kälte von 29,7 Grad, die es unmöglich machte, ohne weitere Vorbereitungen noch höher zu steigen. Der Aufstieg hatte 55,6 Minuten in Anspruch genommen. Mit dem Absprung wurde ein neuer deutscher Höhenrekord erzielt. Es ist anzunehmen, daß Reich seinen Angriff auf den Höhenweltrekord der Fallschirmabsprünge schon in nächster Zeit wiederholen wird.

Der Versicherungsschwindel der Frau Regierungspräsident

Frau Regierungspräsident Momm entpuppt sich immer mehr als eine ganz gemeine Natur. In die Diebstahlsaffäre der Frau Momm spielt, wie der Vorwärts mitteilt, auch der Fall eines Potsdamer Schlächtergesellen hinein, der auf eine Diebstahlsbezichtigung der Frau Momm vom Potsdamer Gericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Die Braut des jungen Mannes war bei Frau Momm als Hausangestellte beschäftigt. Als zu Ende des vorigen Jahres ein größerer Posten Wäsche aus der Wohnung des Regierungspräsidenten verschwand, wurde der Bräutigam der Hausangestellten, der sie wiederholt in der Dienststelle besucht hatte, dieses Diebstahls bezichtigt. Alle Unschuldsbeteuerungen des Verdächtigten halfen nichts; er wurde zu Gefängnis verurteilt und mußte die Strafe auch verbüßen. Im Laufe der kriminalpolizeilichen Untersuchung stellte sich aber heraus, daß auch dieser angeblich gestohlene Posten Wäsche von Frau Dr. Momm beiseite geschafft worden ist. Wie es heißt, hat Frau Momm auch diesen „Diebstahl" der Versicherung angezeigt und dafür auch eine Entschädigung erhalten. Der seinerzeit unschuldig Verurteilte wird die Hilfe eines Berliner Rechtsanwalts in Anspruch nehmen, um Rechtsansprüche gegen den Justizfiskus zu stellen, und gleichzeitig völlige Rehabilitierung verlangen. Außerdem will die Braut, die damals sofort entlassen wurde, gegen Frau Momm Beleidigungsklage erheben.

Frau Dr. Momm, die des Versicherungsbetruges überführt ist, erlitt, wie Dr. Momm auch, einen **Nervenzusammenbruch,** der es notwendig macht, daß die weitere erforderlich erscheinende Vernehmung vorläufig auf einige Tage ausgesetzt wird. Daß Regierungspräsident Momm sich von seiner Frau, die ihn in seiner prominenten Stellung naturgemäß belastete, nicht scheiden ließ, ist offenbar mit Rücksicht auf seine Kinder geschehen; bekannt ist, daß er sich im allgemeinen in der Wohnung seiner verheirateten Tochter aufhielt, um den ewigen Familienszenen zu entgehen. Als Dr. Momm von den Verfehlungen seiner Frau Kenntnis erhielt, zahlte er die von der Versicherungsgesellschaft erhaltenen Beträge zurück. Im Ganzen ist die Versicherung viermal mit insgesamt etwa 8000 Mark in Anspruch genommen worden.

Einbrecher in Notre Dame

Paris, 19. März In der Nacht zum Dienstag haben Einbrecher in der Notre Dame-Kathedrale von Paris **sämtliche Opferstöcke erbrochen** und ausgeraubt. Wie man annimmt, hatten sie sich vor Schließung der Kirche in einem Beichtstuhl versteckt.

Neue Bombenanschläge in Holstein

Nachdem sechs Monate Ruhe geherrscht hatte, sind jetzt in Nordwestdeutschland wieder zwei Bombenattentate versucht worden. Das eine geschah in Bad Oldesloe, das andere in Neumünster, wo früher schon einmal ein Anschlag verübt worden war. In Oldesloe hatten es die Attentäter auf das Stadthaus abgesehen, in Neumünster auf das Finanzamt. In beiden Fällen wurde kein Schaden angerichtet, da das Attentat rechtzeitig entdeckt wurde.

Das Stadthaus in Bad Oldesloe. Der Pfeil bezeichnet den Keller, in welchem die Höllenmaschine gefunden wurde.

Das Finanzamt in Neumünster.

Fünf Geldschrankknacker auf frischer Tat festgenommen

Berlin, 19. März. In der vergangenen Nacht versuchten Einbrecher in einem Hause an der Lindenpassage in den Geschäftsräumen der deutschen Vereinsfilm-A.-G. die Panzerschränke aufzubrechen. Die Geldschrankknacker, die unter der Maske harmloser Gäste durch ein im Hause befindliches Weinlokal sich eingeschlichen hatten, wurden von dem Heizer des Hauses, einem 71 Jahre alten Mann, überrascht. Sie fesselten den Heizer und setzten ihn auf einen Stuhl, ohne ihm sonst etwas zu leide zu tun. Als der Nachtwächter auf seinem Kontrollgang den Heizer vermißte, benachrichtigte er einen auf der Straße patrouillierenden Polizeiposten, der dann gemeinsam mit dem Ueberfallkommando das Haus durchsuchte. Inzwischen hatten die Einbrecher einen Geldschrank aufgebrochen. Da dieser aber nur 50 M Bargeld enthielt, versuchten sie ihr Heil an einem zweiten, hier kamen sie aber nicht bis an die Tresore heran, so daß sie die Arbeit einstellen mußten. Sie versuchten durch das Gewirr der Höfe den nach ihnen suchenden Polizeibeamten zu entkommen und versteckten sich im Keller und in Toiletteräumen. Nach und nach fanden die Polizisten alle fünf Mann und nahmen sie fest.

Explosion eines Tankwagens

In der Reparaturwerkstatt der Deutschen Gasolin-A.-G. in Charlottenburg explodierte heute vormittag ein 5000 Liter fassender Tankwagen, an dem Reparaturarbeiten vorgenommen wurden. Obwohl der Wagen vor Beginn der Arbeit dreimal mit Wasser ausgespült worden war, kam es während der Schweißarbeiten aus bisher ungeklärter Ursache zu der ziemlich heftigen Explosion, bei der ein Schweißer leicht verletzt wurde und ein Lackierer schwere Arm- und Gesichtsverletzungen erlitt. Beide wurden in das Moabiter Krankenhaus gebracht.

Rauschgiftschmuggel nach Amerika?

Eine Agenturmeldung aus Neuyork besagt, daß nach Mitteilung der amerikanischen Zollbehörden in der Nacht zum 18. März an Bord des **französischen Passagierdampfers „France"** nach 2000 Pfund **Rauschgift deutscher Herkunft** im Werte von 3 Milliarden Dollars gefahndet worden sei. Die Zollbehörden seien von Geheimagenten von dieser Ladung benachrichtigt worden und ließen das Schiff bis zur Landungsstelle begleiten und während der Liegezeit scharf überwachen. Die Durchsuchung habe jedoch **nichts ergeben,** werde aber wiederholt werden.

Reisen zu den Kriegergräbern im Westen

Wie bisher, so führt die Direktion des Mitteleuropäischen Reisebüros auch im Jahre 1930 Gesellschaftsreisen zu den Kriegergräbern in Frankreich und Belgien aus, die ab Mitte April (17. April nach Arras) zweimal monatlich unternommen werden. Ausgangspunkte Köln und Frankfurt a. M. Die Preise zwischen 68 M und 78 M schließen außer Führerkosten Bahnfahrt von Köln bis zum Bestimmungsort und zurück, Unterkunft, Verpflegung, Steuern und Trinkgelder ein. Daneben können — wie bekannt — Einzel-Pauschalreisen zu jeder Zeit und von jedem beliebigen Punkt Deutschlands aus angetreten werden. Auch diese Fahrten erfreuen sich besonderer Beliebtheit, da der Reisende — unabhängig von einem bestimmten Termin — mit allen erforderlichen Unterlagen, wie: Fahrscheinheften und Gutscheinen für Aufenthalt, Verpflegung und Autofahrten zu den Friedhöfen ausgerüstet, sein Ziel auch allein, ohne jede Schwierigkeit, erreichen kann. Nähere Auskunft, unverbindliche Ausarbeitung von Reisen mit Preisangabe sowie Prospekte durch die MER-Vertretung Lloydreisebüro Goldfarb, Karlsruhe (Baden), Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstraße.

Partei-Nachrichten

Grötzingen. Parteigenossen! Arbeitereltern! Arbeiterjugend! Samstag, 22. März, abends 8 Uhr, läuft im Saal des „Ochsen" der Film der Kinderfreunde — Zeltlager 1928: „Rote Falken" mit Sprechchor, Musik- und Liederbegleitung und einer Aussprache. Niemand darf fehlen! 8500 Kinder — Arbeiterkinder — berichten in diesem Film von ihren selbsterbauten Staaten.

Kleine badische Chronik

Durlach. Die Leiche des **Wilh. Heidt** konnte im Laufe des Montags unter der Schneelawine geborgen werden. Er ist der Sohn vom Reichsbahnobersekretär Heidt von hier und war als Schilehrer in Gargellen tätig.

Bruchsal. Ein hartnäckiger Selbstmordkandidat. Am Montag versuchte bei der nahen Wartestation der Bahnlinie Bruchsal—Bretten ein hiesiger lediger Taglöhner sich vor den Schnellzug zu werfen. Er konnte nur mit Mühe von dem Schrankenwärter zurückgehalten werden. Dann ging der Lebensmüde nach dem sogen. Schwallenbrunnen in der Saalbach und wollte sich ertränken, woran die ihn verfolgenden Polizeibeamten wieder zurückhielten und dann per Auto in die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch verbrachten.

* **Heidelberg.** Der historische Heidelberger Sommertagszug, an dem sich alljährlich Tausende von Kindern beteiligen, findet am Sonntag Lätare (30. März) statt.

Schriesheim (b. Heidelberg). Der 71jährige Leopold Becker aus Mühlhausen bei Wiesloch wurde am Montag abend von einem Heidelberger Auto überfahren und schwer verletzt. Er mußte in die Heidelberger Klinik verbracht werden.

Mannheim. Dienstag abend gegen 7 Uhr fiel der ledige 29 Jahre alte Schiffsführer Peter Klotz aus Rheindürkheim von seinem im Neckar liegenden Schiff über Bord und ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden. — In der Küche seines Vermieters wurde ein 22 Jahre alter Malergehilfe tot aufgefunden. Er hatte sich mittels Leuchtgas vergiftet. Man vermutet, daß die Tat infolge Schwermuts begangen worden ist. — In der vergangenen Nacht wurden die 46 Jahre alte Ehefrau eines Verwaltungsbeamten und ihr 6 Jahre alter Neffe in der Küche der Wohnung tot aufgefunden. Aus dem schadhaften Gummischlauch des Gasherdes war Gas ausgeströmt, ohne daß man es merkte. So fanden die beiden den Tod durch Vergiftung.

* **Mannheim.** Wie der Reichsbund deutscher Kriegergräberfürsorge mitteilt, wurden am Volkstrauertag in Mannheim rund **30 000 lila Astern** verkauft. Der Erlös von 5500 M kommt der Pflege deutscher Kriegergräber im Auslande zugute. — In der Papyrus A.G. geriet der mit dem Aufführen von Papier beschäftigte 22jährige ledige Taglöhner Gustav Eighof in die Maschine und wurde dabei erdrückt.

Kork. Flaggenschänder. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde die am Rathaus gehißte Reichsflagge heruntergerissen und mitgenommen. Die Täter sind bereits ermittelt und zur Anzeige gebracht.

Kehl. In einem hiesigen Gasthof hat sich der 46 Jahre alte Reisende Eduard Haase aus Hannover, der schon mehrere Tage hier weilte, erhängt. Was den Mann zu dem unseligen Schritt getrieben hat, wird wohl ein Rätsel bleiben.

Die Berliner Feriensonderzüge nach Baden. Die Reichsbahndirektion Berlin hat schon jetzt die Termine ihrer Feriensonderzüge im Juli und August bekanntgegeben. Hiernach verkehren Feriensonderzüge zu ermäßigten Preisen ab Berlin nach Basel-Konstanz über Frankfurt—Mannheim—Heidelberg—Karlsruhe nach Freiburg—Basel und über die Schwarzwaldbahn nach Konstanz (Bodensee) an folgenden Tagen: 2., 3., 5., 12. und 26. Juli und 16. Aug.

Zeppelin-Fahrten 1930. Die Hamburg-Amerika Linie als Generalvertretung des Luftschiffbau Zeppelin hat folgendes Fahrtenprogramm des Luftschiffes „Graf Zeppelin" für 1930 bekannt gegeben: Im April werden Fahrten von 8—10stündiger Dauer ins Alpengebiet, nach Oesterreich und der Schweiz stattfinden. Im Juli/August wird „Graf Zeppelin" 2—3tägige Nordlandfahrten bis zum Nordkap und der Eisgrenze ausführen. Für den Herbst sind wieder verschiedene Deutschland- und Schweizer Fahrten geplant. Soweit möglich wird in dieses Fahrtenprogramm eine Anzahl von Landungsfahrten nach größeren Städten Deutschlands, der Schweiz und ev. Oesterreichs eingeschoben. Ueber weitere geplante Fahrten schweben noch Verhandlungen, deren Abschluß abgewartet werden muß. (Mitgeteilt von der Vertretung der Hamburg-Amerika Linie, der Firma E. P. Hieke, Karlsruhe.

1307
FRISCHE FISCHE

billig
in bester Qualität!
Kabliau im Ganz. kopflos . . Pfd. 28 Pfg.
im Anschnitt Pfd. 30 Pfg.
Kabliau-Filet Pfd. 45 Pfg.
Stockfische, frisch gewässert . . . . . Pfd. 35 Pfg.
Schellfische, kopflos
Fischgeräucherte
Süßbücklinge
Lachsheringe
Lachsherings-Filet
Heringssalat
1/4 Pfd . . . . . 25 Pfg.
Bismarckheringe und Rollmops in Remoulade u. Mayonnaise . 1/2 Ltr.-Dose 110
In unserem
Fisch-Spezialgeschäft:
Holl. Schellfisch, Kabliau, Schollen, Rotzungen, Fst. Rheinzander, Salm im ganzen . . Pfd. Mk. 1.30
im Anschnitt Pfd. 1.60.
Grüne Heringe, Pfund 20 Pfg.
Pfahlmuscheln, Pfund 20 Pfg.
Räucherfische in großer Auswahl, Marinaden, Feinmarinaden, Geflügel.
5% Rabatt
Pfankuch

Furchtbare Niederschläge

In die viele Wochen langen angehaltene Trockenheitsperiode des diesjährigen Winters hat der Vorfrühling jetzt eine jähe Unterbrechung gebracht. Seit etlichen Tagen ist der Himmel überwiegend mit einem grauen Wolkenvorhang überzogen und nur manchmal gelingt es dem Tagesgestirn, sich durch die dichten und niederfließenden Schwaden einen Weg zu bahnen und eine kurze Weile ihre wärmenden Strahlen zur Erde zu senden.

Als die Luft allzulange trocken blieb, Wege und Stege verstaubten und die Vegetation sichtlich auszudörren begann, sehnte man sich allenthalben nach einem ergiebigen Niederschlag. Jetz, da er gekommen, möchte man ihn schon wieder missen. Diese grauen, düsteren Vorlenztage findet niemand schön, doch gewiß nur vom Standpunkt des Städters, der in strömendem Regen zum Geschäft eilen, auf die überfüllte Straßenbahn flüchten muß und sich bei dieser Gelegenheit nicht selten den „Schnupfen" oder sonst eine unwillkommene Erkältungskrankheit zuzieht.

Wie ganz anders begrüßt der Landmann den erfrischenden, tagelang niederprasselnden Regen! Sehnsüchtig wartete er schon seit Wochen auf den verbreiteten und ergiebigen Niederschlag, nachdem das Erdreich infolge des völligen Mangels an Schnee teilweise total ausgetrocknet war. Nun befruchtet ein seit mehr als sechs Tage mit nur wenigen Zwischenpausen niederrieselnder Regen Felder und Wiesen und Aecker; die vertrockneten Saaten werden befeuchtet und bereits ist das köstliche „goldene" Naß schon bis tief in das Erdreich eingedrungen und trägt zum Wachstum der Vegetation und der Kulturen bei. Dieser ausgiebige Niederschlag, der in allen Teilen unseres Heimatlandes niedergeht, ist gerade zur rechten Zeit gekommen; er brachte zunächst immerhin solch kühle Temperatur, daß ein allzuschnelles Aufkeimen und Knospen in der Natur etwas gehemmt wurde, andererseits förderte er das „Aufleben unter dem Boden", befeuchtete die Wurzelstöcke u. a., so daß nach alldem auf ein gesegnetes Jahr zu hoffen ist.

Mit Blitz und Donner kündeten sich dieser Tage in vielen Gegenden unseres Landes die neuen kräftigen Regen- und Schneeputzer" an; der Landwirt draußen hats gerne gesehen, sagt doch eine alte Bauernregel: „Wenns donnert in den März hinein, wird der Roggen gut gedeihn" — also darf man sich vielleicht für dieses Jahr auf eine neue gute Roggenernte gefaßt machen und dementsprechend — da ja noch recht viel Roggen vom alten Jahre vorhanden ist — auf einen erwünschten starken Preisrückgang des Roggenbrotes!

Der Wasserstand der Bäche und Flüsse im badischen Lande hat sich infolge der ergiebigen Niederschläge gleichfalls erheblich gehoben; die Pegelstände sind beinahe wieder normal, nachdem sie lange Zeit unter dem langjährigen Mittel lagen. Besonders die Schwarzwaldbäche sind jetzt wieder teilweise ufervoll und führen auch viel Schmelzwasser von den Bergen zu Tal; dieses Wasser ergießt sich in den Rhein und Neckar, deren Wasser langsam weiter steigen, was der Schiffahrt sehr zustatten kommt. cn.

Erneute Schneestürme im Feldberggebiet

cn. **Vom Schwarzwald**, 19. März. Während der größte Teil des hohen Schwarzwalds infolge kräftiger Erwärmung zum Wochenbeginn fast vollständig schneefrei geworden ist, behauptet sich der Nachwinter im südlichen obersten Schwarzwald in zäher Weise. Innerhalb der letzten 24 Stunden ist abermals ein Schub Kaltluft vorgedrungen und verursachte in den Höhenregionen oberhalb 1200 Meter starkes Schneegestöber. Zeitweilig herrschte auf dem Feldbergkamm und auf der Belchenkuppe Schneesturm bei 3 bis 4 Grad Kälte. Im Feldbergbereich liegen oberhalb der Grenze an der Paßhöhe Menzenschwand—Caritasheim und auf den Halden und Matten 40—50 Zentimeter Schnee, die durch weitere Neuschneefälle eine Auffrischung erfahren. Die viele Quadratkilometer umfassenden Hochgelände nach Süden zum Herzogenhorn und Spießhorn, nach dem Stübenwasen und Belchen sind ebenfalls stark verschneit und weisen eine beträchtliche, auch für den Schilauf noch vollständig ausreichende Schneelage auf.

Infolge der wiederholten kräftigen Schneefälle der letzten Tage haben sich vor allem die Schneewächten am Seebuck, am Zastler Loch, im St. Wilhelmer Tal, am Fahler Abhang und am Osthang des Herzogenhorns nach Menzenschwand zu verstärkt; es wurde dort überall massiger Schnee angeweht, so daß diese Kessel und Mulden derzeit einen imposanten Anblick gewähren. Immerhin erreichen die Schneemengen in den Wächten heuer nicht entfernt eine Mächtigkeit, wie in früheren Jahren um diese Zeit; jedenfalls besteht in diesem März keinerlei „Lawinen- oder Schneerutschgefahr", jedoch dürfte es noch viele Wochen dauern und wohl Mai werden, bis der letzte in den geschützten Mulden lagernde, verkrustete und verfirnte Winterschnee endgültig zum Abschmelzen gelangen wird.

Gemeindepolitik

Um die Umgestaltung der Berliner Verwaltung

Der von der preußischen Regierung dem preußischen Landtag vorgelegte Gesetzentwurf zur **Umgestaltung der Verwaltung Berlin** stößt in der Berliner Stadtverordnetenversammlung bei fast allen Parteien auf Widerstand. Die Berliner Stadtverordneten, die sich am Dienstag abend mit dem Gesetzentwurf beschäftigten, wandten sich einmütig gegen den Entwurf, weil er die Selbstverwaltung fast aufhebt. Einem entsprechenden Antrag stimmten sämtliche Fraktionen von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen zu.

Wasserstand des Rheins

Waldshut 196, gest. 6; Schusterinsel 67, gest. 9; Kehl 190, gest. 7; Maxau 375; Mannheim 261, gef. 1; Caub 198, gef. 4 Zentimeter.

Letzte Nachrichten

Der Youngplan in der französischen Kammer

Paris, 20. März. (Funkdienst.) Ministerpräsident Tardieu hat die Finanzkommission und die auswärtige Kommission der Kammer für Freitag zwecks Beratung des Youngplanes zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen lassen. Tardieu und Briand werden in dieser Sitzung ausführlich Bericht erstatten über die Tragweite und die Folgen der neuen Reparationsregelung.

Die Stellungnahme der Fraktionen zur Ratifizierungsfrage ist höchst unklar. Die Rechte hat am Mittwoch in verschiedenen Quertreibereien versucht, die Zustimmung der Linken zum Youngplan als ein Vertrauensvotum für Tardieu zu stempeln. Daraufhin hat der sozialistische Abgeordnete **Vincent Auriol** erklärt, daß gegenüber einer derartigen böswilligen Verdrehung der Regierungsmehrheit die Verantwortung für die Ratifizierung überlassen werden müßte. Die gleiche Erklärung gab am Mittwoch der Abgeordnete **Bergery** in der Vorstandssitzung der radikalen Partei ab. Der Rechten ist die Aussicht, daß die Linken bei der Abstimmung über den Youngplan evtl. sich der Stimme enthalten könnten, höchst unangenehm. Namentlich das Echo de Paris, Figaro und Ordre protestieren gegen die „Unklugheit ihrer befreundeten Abgeordneten", die die Regierung in eine gefährliche Lage bringen könnten. Die Ordre glaubt sogar den Sturz des Kabinetts mit einem ähnlichen Stimmenverhältnis ankündigen zu können, wie im November das Kabinett Briand gestürzt worden sei.

Die Lage des Arbeitsmarktes

In der Berichtswoche vom 10. bis 15. März ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich **um rund 50 000 auf 2 313 000** Personen zurück. Damit haben sich die Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Hälfte des März um 65 000 Personen verringert. In der gleichen Zeit des vergangenen Jahres vollzog sich die **Erleichterung** des Arbeitsmarktes in weitaus schnellerem Tempo, denn vom 1. bis 15. März 1929 fanden bereits 120 000 Hauptunterstützungsempfänger wieder Arbeit. Daß der Saisonaufschwung in diesem Frühjahr durch die Verschlechterung der Konjunktur stark behindert wird, beweist die Feststellung der Reichsanstalt, daß sich auch in der letzten Woche die Zahl der **Krisenunterstützten** noch um etwa 2000 Personen erhöht hat. Es werden also noch durchgreifende Maßnahmen erforderlich sein, um die zum Teil willkürlich gedrosselte Konjunktur und insbesondere die Bautätigkeit mit Erfolg anzukurbeln.

z. Zt.

Union-Theater

Anzusehen: Täglich 3,30 5,30 7,20 8,50

2508

Amtliche Bekanntmachungen

Die Wahlen zur Handelskammer betr.

Die nach Artikel 13 des Gesetzes, die Handelskammern betreffend, vom 11. Dezember 1878 vorzunehmende **Neuwahl von Mitgliedern der Handelskammer** findet am

Dienstag, den 25. März 1930

statt, und zwar

für den **Wahldistrikt Karlsruhe** (die Orte im Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe) im Amtsgebäude der Handelskammer, **Karlsruhe**, Karlstr. 10 „Großer Sitzungssaal", von vormittags 9 bis 1½ (13½) Uhr nachmittags.

Wir laden die Wahlberechtigten hiermit zur Teilnahme an der Wahl ein mit dem Bemerken, daß jedem Wahlberechtigten noch eine besondere Einladung zugeht, aus der das Nähere über die Wahl zu ersehen ist. Für den Fall, daß dem einen oder anderen Wahlberechtigten die Wahleinladung nicht zugehen sollte, ist diese öffentliche Einladung als Einladung zur Wahl anzusehen. 2496

Karlsruhe, den 17. März 1930.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden.

Der Präsident: gez. Nicolai.

Der Syndikus: gez. Dr. Krienen.

1 Gaskocher, 1 Gasmesser (Trockenleger) billig zu verkaufen **Westendstraße 52 IV.**

Badisches Landestheater

Donnerstag 20. März Volksbühne 3

Kolonne Hund

Schauspiel von Wolf
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Bertram, Genter, Rademacher, Schreiner, Jank, Brand, Dahlen, Gemmecke, Graf Herz, Höcker, Just, O. Kienscherf, Kloeble, Landgrebe, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Seibert, H. Kienscherf, Lindemann
Anfang 19½ Uhr
Ende 22¼ Uhr
Preise A (0.70—5.00 ℳ)
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 428

Fr., 21. 3. Die andere Seite. Sa., 22. 3. Zum ersten Mal: Sebastianlegende. So 23. 3. Nachm.: Das Kätchen von Heilbronn. Abends Tiefland. Im Konzerthaus: Kater Lampe. Mo., 24. 3.: 8. Sinfonie-Konzert.

Photo-Lehrling

sofort oder zu Ostern **gesucht.** 2515

Atelier Rausch & Pester
Erbprinzenstr. 3.

Kinderwagen gut, für 7 ℳ zu verkaufen **Rudolfstr. 18 IV, r.**

Mod. weiss. **Kinderwagen** billig abzugeb. Müller, **Gluckstr. 16, IV.** [R269

Herren-Schuhe

Feine Rahmenarbeit
Erstklassiges Material
Hervorragende Passform
Viele Modelle.

Schwarz Boxcalf
H.-Halbschuhe
mit Zwischensohle

Braun Boxcalf
H.-Halbschuhe
bequeme halbrunde Form

Marke Herz

Jedes Paar 16.50

Braun Boxcalf
H.-Halbschuhe
moderne schlanke Form

Rotbraun Boxcalf
H.-Halbschuhe
breite Form mit Kerbrahmen

Lackleder
H.-Halbschuhe
der elegante Gesellschaftsschuh

Lackleder
H.-Halbschuhe
schlanke Form
eleganter Straßenschuh

HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

Woll-Mousseline
extra schwere Ware weiß, schwarz u. farbig per Meter Mk. **2.35** 2501

Waschseide
per Meter v. **60** Pfg. an

Crepe-Marocaine
100 cm breit, extra schwere Qual. Mk. **7.90**

Baby-Kleidchen
Wolle Mk. **2.10**

Auf sämtliche Artikel
10% Extra-Rabatt

Textil-Haus zur guten Quelle
15 Herrenstraße **15**
gegenüber d. Lebensbedürfnis-Verein

Komb. 2505
Gasbackherd
Ia Marke, fabrikneu, gegen bequeme Teilzahlung abzugeben.
Marienstraße 32

Arbeiter-Hosen nach Maß
aus Ia. Cord und Manchester beste Verarbeitung
zu Mk. **12.50** 2500
Bei Bestellung die Hälfte einsend. Rest wird mit der Ware nachgenommen. Bundweite und Schrittlänge genau angeben
Stoff-Vertrieb
Kaiserstraße 203
Karlsruhe.

Nachruf

Am Dienstag vormittag verschied rasch und unerwartet

Herr Hermann Dahringer

Oberfeuerwehrmann d. Karlsruher Feuerwehr

Er war ein braver, gewissenhafter Beamter, der von allen geachtet und geehrt wurde.

Sein Gedenken wird bei der Karlsruher Feuerwehr stets in Ehren gehalten werden.

Der Branddirektor der Karlsruher Feuerwehr

Karlsruhe, den 19. März 1930. 2513

Nachruf

Durch einen Unglücksfall verschied unser treuer Kamerad 2514

Hermann Dahringer

Oberfeuerwehrmann

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten

Die Kameraden der Berufsfeuerwehr

Karlsruhe, den 19. März 1930.

Straßensperre.

Zwecks Ausführung von Hausanschlüssen an die Gashauptleitung in der Lizenhardstr. im Stadtteil Bulach wird der **Durchgangs-Verkehr Beiertheim-Bulach-Ettlingen, Grünwinkel-Bulach-Ettlingen und Grünwinkel-Bulach-Beiertheim für die Zeit vom 20. März 1930 bis etwa 10. April 1930 gesperrt.**

Die Umleitung des Verkehrs erfolgt von **Beiertheim nach Bulach und Ettlingen über Rüppurr, von Grünwinkel nach Bulach und Ettlingen über Forchheim und von Grünwinkel nach Bulach und Beiertheim über den Kühlen Krug.** 430

Karlsruhe, 19. März 1930

Der Oberbürgermeister

Weißes eis. **Bett** mit Matratze f. 20 ℳ z. verk. Anzuseh. v. 10-12 u. 2-3. Zu erfr. unt. St. 267 im Volksfreundbüro.

Ein vollständiges **Bett** u. ein **Schrank** nußb. pol., zu verk. **Liebler, Essenweinstr. 47 I.** [S268

Colosseum

Heute 8 Uhr
Das auserlesene bunte
Revue-Programm
mit
Varieté-Einlagen
Sonntags 3½ u. 8 Uhr

Gasherd, gebr., 2fl., mit neuem Brenner, billig zu verk. **Kronenstr. 45 III.**

Ein Stöwer-Lieferwagen
16 P.S. 754
Tragkraft 1070 kg, sowie ein
Transport-Dreirad
V.M.
preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen **Durlach Auerstraße 59, parterre**

Großer, heller Büroraum
40—45 qm, für Schulzwecke geeignet, mit möglichst direktem Zugang, zentrale Lage der Stadt, von Behörde **gesucht.**
Angebote unter Nr. 433 an das Volksfreundbüro.

Gelesene Nummern unsres Volksfreund sollen nicht weggeworfen werden. Diese schickt Freunden sowie Verwandten!

Vom 25. März 1930 ab werden die Schranken des Wegüberganges nach der unteren Roßweide bei km 3,6 der Güterlinie Durmersheim-Karlsruhe-Rangierbahnhof in den Monaten April bis September von 22,00—4,00 und in den Monaten Oktober bis März von 20,00—6,00 geschlossen gehalten. Für den Fußgängerverkehr wurden Drehkreuze aufgestellt.

Karlsruhe, 18. März 1930

Vorstand des Reichsbahn-Bauamts I

Umzüge
aller Art besorgt billigst
Mulfinger
Douglasstr. 34, Tel. 1700
Haftbar für Schaden durch Versicherung
Wohnungsnachweis.

Deutsch. Schäferhund, gelb mit schwarzem Rücken, am 8. 3. entlaufen. Abzugeben **Rintheim, Ernststr. 5** [S224

Inserate verbürgen großen Gewinn

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, den 20. März 1930.

Geschichtskalender

20. März. 1770 *Dichter Friedrich Hölderlin. — 1828 *Henrik Ibsen. — 1848 Ludwig I. von Bayern dankt ab. — 1862 *Sozialist Dr. Adolf Braun. — 1878 †Naturforscher Robert v. Mayer. — 1890 Rücktritt Bismarcks; Caprivi folgt. — 1894 †Ungarischer Freiheitskämpfer L. Kossuth. — 1929 †Französischer Kriegsmarschall Foch.

Gemeindewahlen in Sicht

Zwei Tagungen nehmen schon Stellung

Obwohl wir uns erst am **Anfang des Gemeindewahl-Jahres** befinden und die Wahlen erst im Spätjahr vorgenommen werden, haben sich doch schon **zwei Tagungen** mit den Wahlen beschäftigt, ein Beweis dafür, daß man ihnen allenthalben ganz besondere Bedeutung beimißt und der Wahlkampf sich zweifellos sehr lebhaft gestalten wird.

Die Organisationen des Mittelstandes

wirtschaftlicher Art, Gewerbe- und Handwerkerverein, Einzelhandel, Hausbesitzer und Wirteverein, sind in den letzten Tagen in ihren Vertretungen zusammengekommen, um eine Aussprache über die **Stellungnahme** zu den diesjährigen **Gemeindewahlen** herbeizuführen. Es ist fast selbstverständlich, daß dabei auch wieder ein von den **politischen** Parteien **unabhängiges** Vorgehen der **wirtschaftlichen Mittelstandsgruppen** angeregt wurde. In den letzten Jahrzehnten ist es in Karlsruhe beinahe Tradition geworden, daß bei **jeder** Gemeindewahl spontan eine **wirtschaftliche** Interessengruppe etwa unter der Firma „Bürger-", Mittelstands-" oder „Wirtschafts-Partei" auftritt. Aber relativ ebenso schnell, wie die so oder so firmierende Gruppe erschien, verschwand sie auch wieder. Die **letzte** Interessengruppe dieser Art begab sich, wohl um dem erwähnten Schicksal zu entgehen, nach den 1926er Wahlen **sofort** unter die schützenden Fittiche einer vorher verschmähten **politischen** Partei, der deutschnationalen.

Bei dem erwähnten Zusammensein in den letzten Tagen setzte man sich mit der Anregung, auch dieses Mal wieder als **selbständige** Mittelstandsgruppe vorzugehen, **nicht** durch. Vielmehr schlug man den anderen gangbaren Weg ein, daß sich einzelne einflußreiche Mitglieder in den Mittelstandsgruppen für eine möglichst **starke Interessenvertretung** derselben in den ihnen nahestehenden **politischen** Parteien durchsetzen sollen. Eine Kommission, die man wählte, soll sich darüber schlüssig machen, wie das am besten geschieht und wieder berichten. Unseres Erinnerns sind in Karlsruhe prominente Angehörige des Mittelstandes in den einzelnen politischen Parteien auf dem Rathaus **seit Jahren immer recht gut** vertreten gewesen, und es wird dies schon mit Rücksicht auf die Zugkraft der Vorschlagslisten sicherlich auch dieses Mal wieder der Fall sein.

Die liberale Volkspartei,

die früheren **Nationalliberalen,** die, wie wir wissen, gerade auch hier in Karlsruhe in der Vorkriegszeit ihre **Machtstellung sehr stark** und **fast rücksichtslos ausnützten,** nahm zu Beginn dieser Woche auch schon in einer Ortsgruppenversammlung zu den Gemeindewahlen Stellung. Der 1. Vorsitzende, Herr Oberregierungsrat Bauer, der auch gleichzeitig Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter ist und sich durch eine auch vom Gegner anzuerkennende besonders starke politische Aktivität auszeichnet, beschäftigte sich in der erwähnten Tagung sehr eingehend mit der bekannten persönlichen Angelegenheit im Landtag, bei der er, seiner Ansicht nach, unverdienter Weise, sehr schlecht wegkam. Wir erwähnen das Vorkommnis hier lediglich als erneuten Anlaß, um wie vor Wochen an dieser Stelle schon zu betonen, daß wir **unsererseits** wünschen, dieser Gemeindewahlkampf möge **nicht persönlich** und besonders nicht **ruppig,** sondern **sachlich** geführt werden. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß man gerade auch **im Lager des Herrn Bauer** so auftreten muß, daß der politische Gegner nicht zu persönlichen Angriffen **provoziert** wird.

Die **sachlichen** Ausführungen des Herrn Bauer in der liberalen Ortsgruppenversammlung vom Montag bieten reichlichen Anlaß zur Entgegnung. Besonders für uns **Sozialdemokraten,** die Herr Bauer, der frühere Offizier, gar nicht liebt. Er möchte uns am liebsten mit den zusammengeschlossenen **sämtlichen bürgerlichen Parteien auf den Leib rücken** und dabei würde er sogar das **Zentrum** mit unter seine Kampftruppen aufnehmen, obwohl die „Schwarzen" sicherlich nicht seine Spezialfreunde sind. Aber das Zentrum tut nicht mit. Er muß sich deswegen auf den Versuch der Einigung des **liberalen Bürgertums** beschränken und schlägt nun auch kräftig auf das Rathaus-Zentrum los, das er zuerst doch eigentlich recht gern für seine Pläne gewonnen hätte. Uns Sozialdemokraten und gleichzeitig auch dem Zentrum, macht Herr Bauer den Vorwurf, daß wir auf dem Rathaus **„alles mit der parteipolitischen Macht behandeln",** ohne daß im ausgiebigen Versammlungsbericht seines „unparteiischen" Leiborgans **auch nur ein konkretes Beispiel** angeführt wird, wo und wie wir **gesündigt** haben sollen. Der Herr Oberregierungsrat vermißt ferner bei uns auf dem Rathaus **„noch stark den notwendigen Sparsinn",** ohne gleichzeitig zu sagen, wann und wo wir dafür eintraten, daß das **schöne und rare Geld unserer Volksgenossen zum Fenster hinausgeworfen wird.** Und endlich werde bei uns **„das Materielle gegenüber dem Ideellen stark in den Vordergrund gestellt".** Vielleicht dann, Herr Bauer, wenn wir uns für die Unterstützung der Kunst in jeder Form, in heißem Bemühen für die Erhaltung des Theaters als Kulturstätte, für die Volksgesundheit, für die Linderung der Notlage der Arbeitslosen, der Fürsorgebedürftigen, der Kriegsbeschädigten, der unterernährten Kinder, der armen alten Leute, für bessere Ausgestaltung öffentlicher Anlagen, für genügende Badegelegenheit und für menschenwürdiges und billiges Wohnen der breiten Schicht der Stadtbevölkerung einsetzten? Um nur weniges aus unserer langjährigen und vielseitigen Ratbaustätigkeit herauszugreifen.

Wir hoffen, uns nicht den Vorwurf der **persönlichen** Kampfesweise zuzuziehen, wenn wir etwas drastisch sagen, daß das, was Sie, Herr Bauer, im Krokodil, selbstverständlich unter **kräftigem Beifall** Ihrer in diesen Dingen meist **ununterrichteten Anhänger** gegen uns böse Sozzen ausgeführt haben, **nicht zu beweisendes Spießbürgergerede** ist. Soviel für heute. Es gibt ja noch bis zum Spätjahr reichlich Gelegenheit, über diese Dinge mehr zu sagen. Sie werden auch aus alte Soldaten der anderen Front kampfbereit finden. e. g.

Neue Wege der Stadtgestaltung

Die Landesgruppe des deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen hatte Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich aus Mannheim am Montag abend in den Bürgersaal des Rathauses gebeten, um über obiges Thema zu referieren. Unter den zahlreichen Hörern, die zum großen Teil dem Verband der Sozialbeamtinnen angehörten, befanden sich Vertreter von Staat und Behörden, doch vermißte man den Dezernenten des städtischen Bauwesens. Die Vorsitzende des Verbandes, Frl. Krautzmann, begrüßte die Erschienenen und begründete die Wahl des auf der Tagesordnung stehenden Themas, das auf den ersten Blick mit Arbeit und Zielsetzung der Sozialbeamtinnen nichts zu tun zu haben scheine. Die Aufbauart aber und der Wille, sie nach besten Kräften zu leisten, berührte sich aufs innigste mit all den wirtschaftlichen Problemen, die die neue Stadtgestaltung zu lösen habe.

In einem einstündigen übersichtlichen Referat gab Dr. Heimerich einen interessanten Ueberblick auf die den Städten in neuerer Zeit, besonders in der baulichen Anlage, erwachsenden Aufgabe. Ein Streifzug durch die Vergangenheit, der das Werden der deutschen Städte während des Mittelalters, in der Zeit der Fürstenherrschaft und des aufsteigenden Kapitalismus in kurzen Zügen charakterisierte, vertiefte das Verständnis für die aus der Gegenwart sich ergebenden Aufgaben. Die Bautätigkeit des vergangenen Jahrhunderts, die ganze Stadtviertel chaotisch aus dem Nichts herauswachsen ließ, hat aus der Baukunst eine reine Technik gemacht, deren Handhabung dem Bauunternehmer allein überlassen war. Schreckliche Wohnverhältnisse waren die Folgen, auf deren Boden der Klassenkampfidee emporwuchs. Die Gartenstadtbewegung entstand. Konziviert in England, gewann sie bald auch die besten Köpfe in Deutschland. Genossenschaften wurden gegründet, die der gedanklichen Formulierung die Tat folgen ließen. Es zeigte sich für die Städte die Notwendigkeit, mehr Grund und Boden in eigenen Besitz zu bekommen, sei es durch Erwerb oder Grundstücksumlegung und Bebauungspläne aufzustellen, nicht nur für einzelne Stadtviertel, sondern für ganze Gemeinwesen, ja für größere Teile des Landes. Es galt die Niederlassungsmöglichkeit für Industrie und Handel, die Wohnungsbaugegenden, Grünplätze und Erholungsanlagen im Voraus planmäßig festzulegen. Das kollektivistische Bauen, die Erstellung größerer Wohnblocks mit sozialen Einrichtungen, die architektonische Gestaltung der Häuser ist ein Ausdruck der neuen Baugesinnung.

Es gehört zu den schwierigsten Aufgaben, diese neue Baugesinnung in die alten Stadtviertel, in die trostlose Oede der Arbeiterwohnviertel hineinzutragen. Wo das nicht durch Umlegung oder Umsiedlung geschehen kann, muß durch geschickte Anlage von Sport- und Spielplätzen, durch die Aufstellung wertvoller Kunstwerte durch Einrichtung von Bibliotheken und Ausnutzung aller der Kulturpflege dienenden Möglichkeiten eine Hebung des Milieus versucht werden. Allein einer intensiven städtischen Kulturpflege wird es möglich sein, die über das rein Bautechnische hinaus sich um die kulturelle Wohlfahrt ihrer Bürger kümmert, eine Neugestaltung des städtischen Lebens zu erreichen. Zu dieser städtischen Kulturpflege gehört die Unterstützung der Volkshochschulen, an die die besten Köpfe berufen werden müssen, die Pflege des Theaters, das in immer weitgehenderem Maße Anschluß an die Zeitprobleme finden muß, die Erstellung und Einrichtung von Schulen, außerhalb der Städte, in denen Schüler und Lehrer für Wochen gemeinsam leben und arbeiten können, Förderung der Begabten, berufliche Fürsorge, Wohlfahrtspflege in weit möglichstem Umfang. Eine Stadtverwaltung, die tatkräftig diesen Aufgaben gerecht wird, stärkt das Verantwortungsbewußtsein ihrer Bürger. Der moderne Großstadtmensch ist mehr demokratisch gesinnt. Die Einsicht in die Gerechtigkeit der Forderung: gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle Menschen wächst und verbindet über den Zwiespalt der Parteien hinaus. Gemeinsame Art im Sinne einer vorwärtsstreibenden Entwicklung zu leisten, ist das geistige Ziel der neuen Stadtgestaltung.

Zur Provokation der Hakenkreuzler anläßlich des Fackelzuges

werden uns noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der Massenaufmarsch der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften mit dem Reichsbanner am 18. März 1930 hat durch seine Ruhe und Ordnung, mit der er sich durch die Straßen bewegte, zweifellos seinen erhofften Zweck erfüllt. Er hat den Republikgegnern aller Schattierungen gezeigt, daß das arbeitende Volk in seiner großen Mehrzahl bereit ist, in der Stunde der Gefahr sich ganz für den republikanischen Volksstaat einzusetzen. Die Tausende, die am Dienstag abend marschierten, waren jedem Republikaner ein Beweis, daß keine Ursache vorhanden ist, auch das Karlsruher Hitlergesindel, hinter dem namhafte höhere Beamte und sonstige Kreise mit dem allzeit offenen Geldbeutel stehen sollen, gar zu ernst zu nehmen, wenn diese Herrschaften den Mund auch noch so weit aufreißen.

Insbesondere die Ruhe und Besonnenheit, die sowohl Führer, wie die hinter diesen marschierenden Massen zeigten, als eine Horde von ca. 50 Hitlerleuten unter Führung einiger bekannter Persönlichkeiten rechts des Zuges vom Marktplatz bis zum Durlacher Tor marschierten und die Zugteilnehmer durch beleidigende Zurufe zu provozieren versuchten, war dem objektiven Zuschauer ein Beweis, daß die Masse der arbeitenden Bevölkerung und das hiesige Reichsbanner hinter ihren Führern steht, diesen vertraut und nur ihren Weisungen Folge leistet. Sie läßt sich durch das Benehmen dieses Gelichters nicht aus der Fassung bringen, sondern sie spart ihre Kraft für den Zeitpunkt auf, wo es vielleicht nötig sein wird, eine Abrechnung mit den Provokateuren und Republikfeinden zu halten.

Es war dem Zuschauer nicht schwer, festzustellen, daß die Störungsversuche, von der Polizei anscheinend nicht ernst genug genommen, systematisch vorbereitet und geleitet waren. Die „führenden" Persönlichkeiten befanden sich inmitten einiger Haufen von ungefähr je 10 bis 15 Schreiern, so daß es der Polizei beim Zugreifen kaum möglich gewesen wäre, die Anstifter zu bekommen. Sie hätten sich zweifellos in die Hausgänge geflüchtet. Mutige Führer! Stets auf das Kommando dieser „Führer" setzte das Gebrüll ein: „Deutschland erwache, Juda verrecke" und ähnliches. Auch die Ausdrücke: „Lausbuben, Lumpen", waren oft zu hören. Man lernte so richtig verstehen, daß angesichts dieses Benehmens Zusammenstöße zwischen der republikanischen Bevölkerung und dieses zusammengelaufenen Gesindels manchmal nur durch die Besonnenheit der Führer vermieden werden. Aber auch die Geduld der Karlsruher Republikaner und insbesondere der Arbeiterschaft wird einmal ein Ende haben und sie wird zur Selbsthilfe schreiten müssen, wenn die **staatlichen Sicherheitsorgane versäumen, dieses Gelichter in die Schranken zurückzuweisen.** Nicht jeder Zwischenruf von solchen politischen Säuglingen stört die Demonstrierenden. Wenn jedoch die Absicht derselben nicht zu verkennen ist, unter allen Umständen zu stören und zu provozieren, so muß derartiges unterbunden werden.

Zwei der gestern abend aufgetretenen Hauptschreier seien hier namentlich genannt. Es ist dies der Tagblattverkäufer an der Hauptpost, ein Herr Sauer, sowie ein Herr Schneider, ein Wirtssohn aus der Südstadt. Herr Sauer hat einen Passanten, der sich mißliebig über das Benehmen der Hitlerbengel äußerte, mit Ohrfeigen gedroht. Dieser war es auch, der bei der Wirtschaft „Zur Hopfenblüte" angesammelten Hitlerbengel zu veranlassen versuchte, weiter mit auf den Gottesauer Platz zu marschieren. Bei der dort herrschenden Dunkelheit glaubte er anscheinend auf seine Rechnung zu kommen. Es sind allerdings nur wenige seinem Rufe gefolgt. Anscheinend fürchteten sie die Dunkelheit, oder sonst etwas.

Für die denkende Bevölkerung dürfte das Benehmen dieses ungezogenen Volkes, genannt Hitlerpartei, den Beweis erbracht haben, daß es allerhöchste Zeit ist, sich ebenfalls den Abwehrorganisationen gegen die antirepublikanischen Gruppen anzuschließen. Die Lauheit und Trägheit bei einem leider großen Teile der Karlsruher Bevölkerung ist mit Schuld an solchem beschämenden Auftreten. (Siehe Darmstädter Hof-Affäre.) **Ein starkes Reichsbanner ist in der Lage, diesem Gelichter die Spitze zu bieten. Deshalb: Hinein in das Reichsbanner!**

Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Jugendbünde

Geistige Grundströmungen im gegenwärtigen Deutschland und ihr Sichtbarwerden im Schrifttum

Im Rahmen der 10 Vorträge, welche die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Jugendbünde diesen Winter zu dem Zweck „einer Bilanz der gegenwärtigen deutschen Kultur" veranstaltet, nahm der 6. des Karlsruher Literaturhistorikers Dr. v. Grolman mit einem Referat über: **„Die geistigen Strömungen im gegenwärtigen Deutschland und ihr Sichtbarwerden im Schrifttum"** nicht nur dem Zeitpunkt nach eine zentrale Stellung ein.

„Geistige Strömungen" sind nicht zuletzt alle politischen und konfessionellen Richtungen, der Sozialismus, über den Jugendpfarrer Kappes, der Katholizismus und Protestantismus, über den Professor Kempf, die Jugendbewegung, über die Prof. Dr. Mittelstraß referierten; die Malerei und Architektur ebenso gut, wie Musik, Nationalismus und Plastik, über die noch Vorträge ausstehen. Nichts ist aber so geeignet, das Neben- und Gegeneinander all dieser Strömungen im gegenwärtigen Deutschland sichtbar zu machen, als eine Betrachtung des jeweils zugehörigen Schrifttums. Es bleibt unbestreitbares Verdienst des Vortragenden, die so widersprechenden und verschiedenartigen Strömungen mit ungemeiner Sachkenntnis, Objektivität und Einfühlungskraft der zahlreich erschienenen Hörerschaft vor Augen geführt zu haben. Beginnend mit dem Liberalismus und dessen kapitalistischer Bedingtheit nicht verschweigend, ging der Referent über Nationalismus, Katholizismus und Protestantismus auf den Sozialismus über, und weilte längerer Zeit bei der Frage, was ein „Arbeiterdichter" sei. Die richtige Formulierung, daß dabei nicht die berufliche Tätigkeit als Arbeiter, sondern die innere Zugehörigkeit zur proletarischen Klasse den Ausschlag gebe, wurde durch Rezitation zweier Gedichte Brögers und Petzolds überzeugend bewiesen. Nach den politischen und konfessionellen, streifte der Redner die weltanschaulichen, ästhetischen und wissenschaftlichen Strömungen, kennzeichnete knapp aber treffend die „Schule der Weisheit" des Grafen Keyserling, die Wiener und Züricher Richtung der Psychoanalyse, den Dichterkreis um Stefan George, die Anthroposophie Rudolf Steiners sowie die mannigfaltigen Versuche, Oestliches, meist buddhistisches Gedankengut in Deutschland aufleben zu lassen. Schwer ist hierbei zu unterscheiden, ob diesen Strömungen wirkliche Bedürfnisse zu Grunde liegen, oder ob nur literarisches Unternehmertum Konjunktur zu Moden schafft, um sie dann geschäftlich auszunutzen. Nicht zuletzt daraus stammt die rasch aufkommende und rasch verschwindende Berühmtheit gewisser Bücher und ihrer Autoren; wirklich gediegene Dichtung findet schwerer ihren Weg in das Volk, weiß aber ihren Platz zäher zu behaupten. Außerordentlich interessant waren hierzu die auf große Sachkenntnis gestützten Ausführungen über die führenden deutschen Verlage und ihre mehr oder minder herausgearbeiteten kulturellen Tendenzen. Bei dem, was sich nun als Wille wirklich wertvollen zeitgenössischen Schrifttums ergab, mochte das Fehlen vieler Berühmtheiten, ja fast aller Mitglieder der deutschen Dichterakademie auffallen. Auch Gerhart Hauptmann zu nennen, sah sich der Referent außer Stande, weil der einstige Wortführer in der Anklage einer ganzen Generation gegen soziale Mißstände heute zu sehr seiner ethischen und dichterischen Haltung verlustig gegangen sei. Um so erfreulicher wirkte das Bekenntnis der jüngsten Dichtergeneration, als deren Exponenten im bürgerlichen Lager Max Mell und Ernst Jünger, im sozialistischen Lager Bert Brecht und Döblin genannt wurden, ohne daß an Lebensjahren Aeltere, wie Wassermann, Carossa und Will Vesper vergessen worden wären. Den Wandel der neuen deutschen Dichtersprache illustrierten Reime Bert Brechts und Erich Kästners.

Eine Betrachtung des deutschen Geisteslebens und seines literarischen Niederschlages kann nicht vorbei an der Frage, welche Stellung nun die Dichter und geistig Schöpferischen im Gesamtleben der Nation einnehmen; anders wie Frankreich, das seine diplomatischen Vertretungen und leitenden Verwaltungsposten mit Vorliebe philosophisch und künstlerisch führenden Persönlichkeiten auftreibt und damit größte Erfolge, vor allem im Auslande erzielt, neigt der deutsche Staat von alters her zum Gegenteil, und hat auch in der Gegenwart dem Geistigen seine Pariasstellung gelassen. Der starke Beifall zeigte, daß auch die Jugend das Untragbare dieser Lage empfindet und gewillt ist, daß die Ideen, an denen Deutschland immer noch fast überreich ist, aus dem Felde reiner Spekulation befreit und in die Lebenswirklichkeit übernommen werden, um Volk und Menschheit dienstbar zu sein. A.

Protestversammlung der Angestellten im Gastwirtsgewerbe

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurations- und Kaffeeangestellten wird uns geschrieben: Die am 12. März im Restaurant zum Löwenrachen stattgefundene öffentliche Protestversammlung, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte, befaßte sich mit dem zurzeit im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags zur Beratung stehenden Schankstättengesetz. Der Geschäftsführer des Verbandes wies in längeren Ausführungen auf die Notwendigkeit der gesetzlichen Bestimmungen hin, welche insbesonders den Schutz der Angestellten im Gastwirtsgewerbe betreffen. In der stattgefundenen Diskussion, die eine rege Beteiligung aufwies, unterstützte man die Ausführungen des Referenten. Folgende **Resolution** fand einstimmige Annahme.

„Die am 12. März im Restaurant zum Löwenrachen abgehaltene öffentliche Versammlung der gastwirtschaftlichen Angestellten von Karlsruhe nahm Kenntnis von den bisherigen Beratungen über das Schankstättengesetz. Die Versammelten verlangen, daß mit allem Nachdruck die das Gesetz befürwortenden Parteien den Schutzbestimmungen der Angestellten im Gastwirtsgewerbe in vollem Umfange Rechnung tragen. Gegen die Bestrebungen auf Verlängerung der Polizeistunde über 1 Uhr nachts, erheben alle Angestellten schärfsten Protest. Die Versammelten erwarten, daß der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags die berechtigten Forderungen der gastwirtschaftlichen Angestellten erfüllt. D.

Sozialdem. Partei, Bezirk 1 (Eigenhandbau und Kasernen)

Der am Freitag, 14. März, im Zeichensaal der Telegraphenschule stattgefundene öffentliche Vortrag war gut besucht. Gen. Direktor Wilhelm hielt ein Referat über „Kriegsschuldlüge und Kriegsschuldwahrheit", welches bei den Zuhörern guten Anklang fand. Auf das Referat selbst einzugehen, erübrigt sich, da schon öfters an dieser Stelle darüber berichtet wurde.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauengruppe der Alt-, Mittel- und Südweststadt

Zu dem Donnerstag abend 8 Uhr im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Zirkel, stattfindenden Leseabend sind die Genossinnen und Genossen sowie Volksfreundleser freundlichst eingeladen. Hierbei wird der Parteivorsitzende Gen. Koch einen Vortrag über „Die Ursachen des Weltkrieges" halten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kameraden! Die bereits angesagte Autofahrt findet am Sonntag, 23. März statt. Antreten Sonntag, 23. März 12.10 Uhr nachm. am alten Bahnhofsplatz. Dienstanzug (Brotbeutel mit Inhalt). Banner und Spielleute zur Stelle. Rückkehr etwa 7 Uhr abends. Kameraden, bringt Fahnen mit und erscheint pünktlich. Fahrpreis ist für jeden Kameraden erschwinglich.

Veranstaltungen

Donnerstag, den 20. März 1930.

Bad. Landestheater: Kolonne Hund. 19.30 Uhr.
Colosseum: Première: Wenn du einmal dein Herz verschenkst. 20 Uhr.
Residenz-Lichtspiele: Die goldene Hölle.
Palast-Lichtspiele: Die Rache des Scheichs.
Gloria-Palast: Tagebuch einer Verlorenen.
Schauburg: Ludwig II., König von Bayern.
Kammer-Lichtspiele: The Pilgrim.
Atlantik-Lichtspiele: Das indische Grabmal.
Union-Theater: Ruhiges Heim mit Küchenbenützung.
Bad. Landesgewerbehalle: Ausstellung: Das Licht im Dienste der Werbung. 10—18 Uhr.
Bad. Lichtspiele: Fräulein Else. 20.30 Uhr.
Kaffee Bauer: Gesellschafts-Tanz-Abend.

Aus Mittelbaden

Baden-Baden

Stadtrat Birnbräuer

Das Ergebnis der Aschermittwochwahl, Herr Metzgermeister Franz Birnbräuer, war in der Stadtratssitzung vom 17. ds. Mts. zum erstenmal zugegen. Herr Oberbürgermeister Elfner begrüßte das neue Mitglied und gab dem Wunsche Ausdruck, da er ja kein Neuling auf dem Gebiete der Kommunalpolitik sei, daß er auch im Stadtrat gute Arbeit leisten möge. Der Vorstand der hiesigen Zentrumspartei, Herr Prof. Herr, gab sodann eine Erklärung namens seiner Partei ab, wonach Birnbräuer nicht als Fraktionsmitglied der Zentrumspartei zu betrachten sei, infolge seines Verhaltens bei der Ersatzwahl, und er selbst die Verantwortung für seine Mandatsausübung zu tragen habe. Seitens der Demokraten wurde er als ein Mann begrüßt, mit dem man zusammenarbeiten könne, und von der Sozialdemokratie wurde ihm empfohlen, sich ihr als Hospitant anzuschließen.

Nun, da die Würfel endgültig gefallen sind, lohnt es sich, etwas auf die Vorgeschichte dieser Wahl einzugehen. Die schnelle Mandatsniederlegung des Vorgängers, des Herrn Buchdruckereibesitzers und Verlegers der Bad. Volkszeitung (Zentrum) Joh. Pfeiffer überraschte seinerzeit allgemein. Herr Pfeiffer muß unbedingt als der fähigste Kopf in seiner Partei angesprochen werden. Lediglich der Geschäftsgang seiner Firma wurde immer schlechter, seine Verpflichtungen immer größer, so daß heute eine Schuldenlast von annähernd einer halben Million auf dem gesamten Betrieb und Anwesen ruht. Die Betriebseinrichtungen selbst sind restlos an die Giro-Zentrale, Vereinsbank und Städt. Sparkasse verpfändet, die großen Rückstände bei der Krankenkasse, Invalidenversicherung und beim hiesigen Betriebsamt für Strom usw. dürften 20 000 ℳ übersteigen. Die Verhältnisse dürften mit dem Ausdruck hoffnungslos am besten gekennzeichnet werden. Hierzu kam, daß die Auflage allmählich auf die Zahl von 1200 Abonnenten herunterging. Daß Pfeiffer es verstand, sich Gelder geben zu lassen, z. B. aus dem Fonds des Kath. Gesellenvereinshauses A.G. durch den Herrn Stadtpfarrer, die heute als verloren betrachtet werden müssen, und die gegeben wurden aus Unkenntnis der Geschäftslage und aus Gutmütigkeit, ferner wie man hört, auch aus dem Vinzentius-Verein A.G. usw., trug dazu bei, ihn kalt zu stellen. Kurz vor seiner Mandatsniederlegung schied er auch aus dem Vorstand des Vinzentius-Vereins A.G. aus. Man wird sich nun fragen, wie kam es, daß eine Zeitung, wie das hiesige Zentrumsblatt, das hier wie in der ganzen Umgegend früher eine sehr gute Verbreitung hatte, und dabei nebenbei bemerkt, die Zentrumspartei die stärkste Partei in der Kommune ist, allmählich auf den Hund kommen konnte. Von Rastatt her drang die Rastatter Zeitung vor, heute hat sie schon Hauneberstein erobert, der „Acher- und Bühlerbote" führte den Kampf von der andern Seite, und so wurde langsam die hiesige Volkszeitung in die Mauern Baden-Badens zurückgedrängt und verloren gewaltig an Abonnenten. Warum geschah dieses? Die Antwort ist nicht ganz leicht. Man kann annehmen, daß vielleicht die Geistlichen der Umgegend ein größeres finanzielles Interesse an den genannten Zeitungen haben. Man kann aber auch als Badener Einwohner der Auffassung sein, daß es der Kampf der streng katholischen Richtung in der Zentrumspartei war, gegen die nicht ganz so Strenggläubigen, zu denen Pfeiffer gehörte. So wurde er langsam ein Opfer allerlei mißlicher Verhältnisse und mußte gehen. Sein Nachfolger sollte der Gewerkschaftssekretär Dietrich sein, der aber keine Mehrheit erhielt bei der Wahl durch die Stadtverordneten. Er war der offizielle Kandidat einer Zentrumsmehrheit, er konnte auch, um mit einem sehr guten hiesigen Zentrumsmann zu sprechen, den Rosenkranz besser schwingen wie der nun gewählte Birnbräuer, der innerhalb des Zentrums einen beachtlichen Anhang hat. Auch wieder ein Stück des Kampfes zwischen den Strenggläubigen und den andern. Man hat Birnbräuer stark bearbeitet, um ihn zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen, er gab nicht nach, und das muß ihm hoch angerechnet werden. Wäre er aber einige Jahrhunderte früher auf die Welt gekommen, säße er sicher auf dem Scheiterhaufen. So sitzt er jetzt auf dem Rathaus, bis zum Herbst zunächst, wo dann nach den kommenden Gemeindewahlen die lachenden Erben dieser Zentrumstaktik (wenn der Herr Justizrat mit der Faust auf den Tisch haut, ist beim Zentrum bis auf die, die nicht davonlaufen, alles ruhig) wo anders sein werden.

Austritt aus der Zentrumspartei. Der bisherige Stadtverordnete der hiesigen Zentrumspartei, Fuhrhalter Esger, Vorstand der hiesigen Fuhrwerksvereinigung, ist aus der Partei ausgetreten und hat sein Mandat niedergelegt.

Volksfreundabonnenten Werft gelesene Zeitungen nicht weg, gebt sie an Bekannte usw. weiter, sie wirken werbend für uns.

Bunter Abend der Nazi-Sozi

Die Hitlerjünglinge hatten auf vergangenen Mittwoch wieder unter dem üblichen Klamauk eine Versammlung einberufen, die dem Fastnachts-Kabarett der Städt. Schauspiele in keiner Weise nachstand. Die geistig Minderbemittelten waren in großer Zahl erschienen, um den Sirenenklängen eines politisch unreifen Jünglings und Jongleurs zuzuhören. Das Ideal dieser Hakenkreuzgestalten ist in erster Linie die klingende Münze, mit der man die großen Unkosten des Trommelfeuers decken will. Denn es ist nur bei den Rechts-Bolschewisten denkbar, daß sogar die **Erwerbslosen** genepppt werden. Daß natürlich die Badener Exzellenzen in großer Zahl erschienen waren, versteht sich am Rande, denn sonst wäre die „Arbeiter-Partei" ohne Anhänger. Der ganze bürgerliche Mischmasch von den Demokraten und Volksparteilern bis zu der Partei des Herrn Werzinger u. Schmauder war vertreten und klatschte dem jungen Schwätzer begeistert Beifall. Von Anfang bis Ende nichts als Phrase, Dreck und Schmutz!

Und diesem Sonntagsprediger zollte die Badener Offizierskamarilla, verbunden mit dem politisch und wirtschaftlich entwurzelten Kleinbürgertum, frenetisch Beifall! Dazu noch der nationalsozialistische Stadtratssetzling und Oberführer der Badener Hakenkreuzler, Bürkle, der in jeder Vorstellung auftritt und seinen kommunalpolitischen Unsinn verzapft.

In der Aussprache meldete sich von unserer Seite der Gen. Schmekenbecher, der den Herrschaften bittere Wahrheiten sagte. Als die Rede auf den Ausgang und die Liquidation des Krieges kam und Gen. Schmekenbecher fragte, wo denn die Herren anno 1918 waren, ging ein Indianergeheul los, und als er dann weiter bemerkte, daß die ganze Sippschaft in die Mauselöcher verkrochen sei, da war es mit der Gemütlichkeit aus, und natürlich auch mit der freien Aussprache. „Ihre Redezeit" ist abgelaufen erklärte der Nazihäuptling nach 7 Minuten! Ein weiterer Redner unserer Partei, Gen. Hune, erhielt das Wort überhaupt nicht, dafür durfte aber ein hysterisches Weib 25 Minuten reden, die nachgewiesenermaßen immer den gleichen Unsinn verzapft. So sehen die Prediger der Volksgemeinschaft aus, die jeden Morgen einen Juden zum Frühstück verzehren, dafür aber auch von nichtjüdischen Kapitalisten schlimmster Sorte ausgehalten werden. Einen größeren Schwindel als den Nationalsozialismus kann man sich nicht vorstellen. Dabei wurde am Mittwoch sogar **von Juden Eintrittsgeld angenommen,** obwohl diese Juden angeblich gar keinen Zutritt haben!

Daß die Offizierspensionen noch viel zu hoch sind, das hat die Tellersammlung bewiesen, wo diese armen Schlucker aus Versehen 20 ℳ und noch mehr in den Teller rutschen ließen. Aber Gott und Hitler mögs ihnen vergelten. Denn das dritte Reich kommt!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Durlach

Sonntag, 23. März Abfahrt nach Achern. Antreten 12.30 Uhr Haltestelle Bahnhof der elektr. Straßenbahn.

Jahresrückblick der Metallarbeiter

Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes / Verwaltungsstelle Karlsruhe

Die am 9. März im „Friedrichshof" stattgehabte Generalversammlung des D.M.V. entsprach voll und ganz den Erwartungen, die man an eine kampferprobte, zielklare Organisation stellen muß. Nur wenige des über 300 Funktionäre zählenden Organisationskörpers fehlten; ein Beweis der Anteilnahme der Vertrauensleute an den Geschicken des Verbandes. Es würde auch nicht gut denkbar sein, wenn es anders wäre. Zählt doch die Verwaltungsstelle bei 9274 Mitgliedern 223, die über 25 Jahre der Organisation angehören. Der 48 Seiten umfassende gedruckte Geschäftsbericht liegt den Delegierten vor und somit hatte der 1. Bevollmächtigte Gustav Schulenburg nur ergänzend zu referieren. Wenn der Bericht trotzdem längere Zeit in Anspruch nahm, so deshalb, weil gerade im Jahr 1929 ein für den Verband arbeitsreiches Geschäftsjahr, das neben den Lohnbewegungen auch andere die Organisation berührende Fragen zu lösen hatte, zu verzeichnen war.

Vor dem mündlichen Bericht erfolgte in üblicher Weise die Ehrung der Verstorbenen des Jahres 1929. In warmen tiefempfundenen Worten gedachte Kollege Schulenburg insonderheit des am 17. November 1929 verstorbenen 1. Kassiers der Verwaltungsstelle, Jakob Hirschauer. Ein Menschenalter stand er im Dienst der Arbeiterbewegung. Ein Musterbeispiel in Pflicht und Treue.

Der mündliche Bericht des 1. Bevollmächtigten, in großzügiger Weise aufgebaut und vorgetragen, behandelte grundsätzlich und klar alle Fragen, die heute eine Gewerkschaft wie der Deutsche Metallarbeiterverband zu behandeln und mit zu lösen hat; der Verantwortlichkeit sich voll bewußt, die eine so große Organisation übernehmen muß. Er führte aus:

1929 war ein Jahr der bittersten Not und Entbehrung für die Arbeiterschaft. Die Konjunkturkrise von 1928 wurde verschärft durch noch weitere Arbeiterentlassungen, hervorgerufen durch die Aenderungen der Arbeitsmethoden, wie Rationalisierung, Technisierung usw., welche teilweise Betriebseinschränkungen und -stillegungen zur Folge hatten. Gegen technische Verbesserungen wendet sich die Arbeiterschaft im allgemeinen nicht, kann sich nicht dagegen wenden; denn der Industriestaat Deutschland gebraucht diese technischen Fortschritte, um seinen Platz auf dem Weltmarkt wieder zu bekommen. Die deutsche Wirtschaft grundiert auf deutscher Arbeit und die deutsche Arbeit hat als Träger den deutschen Arbeiter. Also ist das Fazit: der deutsche Arbeiter muß so gestellt sein, daß er bei dieser ihm zugewiesenen Pflicht, bei Kräften erhalten bleibt, für die Gefahren des Lebens geschützt und für den Lebensabend der leiblichen Sorge enthoben wird. Aus dieser Erkenntnis resultiert unsere soziale Grundanschauung, die im Gegensatz der Mehrzahl der deutschen Unternehmer steht. Der deutsche Unternehmer sieht nur die Maschine und das Hauptbuch. Den Menschen Arbeiter sieht er nicht. Bei dieser Einstellung sieht er auch nicht — oder er will es nicht sehen —, daß im Inlande die Kaufkraft gehoben werden muß. Für ihn, den Unternehmer, ist einzig und allein der Gewinn ausschlaggebend und um diesen so hoch wie möglich zu gestalten, versucht er die Löhne abzubauen, die angeblichen, ihn schier erdrückenden Soziallasten abzuwälzen und in Verbindung mit diesem Versuch den Arbeiter in seinen gesetzlichen Rechten zu beschränken. Wenn die Betriebe unter der Last der Direktorengehälter schier zusammenbrechen, dann werden die Löhne der Arbeiter reduziert, dann sucht man die „unproduktiven" Arbeitskräfte heraus und wirft sie kurzerhand aufs Pflaster, denn das Konto „Geschäftsunkosten", wozu die Gehälter der Direktoren gerechnet werden — die Direktoren sind beileibe keine unproduktiven Arbeitskräfte —, muß entlastet werden. Was ist denn die Einstellung der Unternehmer zur Arbeitslosenversicherungsfrage anders als der Versuch, die Arbeiter zum Tragen der Lasten, die durch den verlorenen Krieg entstanden sind, zu bestimmen. Die Kampfschrift von Gustav Hartz und die Ausführungen von Professor Horneffer auf der Tagung der badischen Unternehmer beweisen das zur Genüge. Nach deren Ausführungen sind die Sozialversicherungen ein Dolchstoß in das Herz des deutschen Volkes. Diese Summen wähnen sie, wären besser zur Auffrischung der deutschen Industrie angebracht. (Industrie — nicht Direktorengehälter. D. Schr.) Von diesem Gedanken war man wohl auch bei den Metallindustriellen in Mittelbaden nicht weit entfernt, als man gleich am Anfang des Jahres das Lohnabkommen mit den Sonderabmachungen kündigte und einem Lohnaubbau von 5—6 Pfennig die Stunde und 5 Proz. Akkordreduzierungen forderte. Demgegenüber beantragten wir Lohnerhöhung von 7 Pfennig und 5 Prozent Erhöhung der Akkorde. Nach langwierigen Verhandlungen kam ein Vergleich zustande, der den Tarifecklohn um 5 Pfennig erhöhte und Verbesserungen der Akkordarbeiter brachte. Eine Urabstimmung der Mitglieder lehnte zwar den Vergleich ab, brachte aber die statutengemäße Dreiviertel-Mehrheit zur Arbeitsniederlegung nicht auf. Der Ecklohn beträgt nunmehr 90 Pfennig. Die Tariflöhne der Handwerksbetriebe erfuhren ebenfalls Verbesserungen. So für die Autoreparaturschlosser von 1,22 auf 1,24; Blechner von 1,27 auf 1,33; Heizungsmonteure von 1,40 auf 1,48; Bauschlosser von 1,27 auf 1,30; Elektriker von 1,16 auf 1,17; Schmiede von 1,23 auf 1,27; Zigarettenmaschinenführer von 1,47 auf 80 ℳ Wochenlohn und Orthopädiemechaniker von 1,24 auf 1,28 ℳ. Alle diese Bewegungen mußten mit Ausnahme der Heizungsmonteure und Zigarettenmaschinenführer die Schlichtungsstellen passieren. So wurde das Jahr 1929 auch ein Kampfjahr.

Wiederum konnten Feststellungen gemacht werden, daß die Frauenarbeit in der Industrie stetig zunimmt. Während sie am 15. Oktober 1926 noch 6,8 Proz. betrug, ist sie jetzt am 15. Dez. 1929 auf 10,7 Proz. gestiegen. Die Voraussetzungen, sie einzudämmen, liegen auf verschiedenen Gebieten. Die bessere Entlohnung des Haushaltsvorstandes; die Gleichwertung der Frauenarbeit mit der Männerarbeit nach dem Grundsatz: Für gleiche Arbeit, gleicher Lohn; die restlose Zuführung zur gewerkschaftlichen Organisation usw. sind Mittel zur Aenderung dieses Zustandes.

Ein ganz trauriges Kapitel ist das der Betriebseinschränkungen und Betriebsschließungen. Sie waren Folgen der Rationalisierung, Sanierung, Fusionierung, Kartellierung und Vertrustung. Und sie wurden auch vorgenommen um die Betriebe auszukämmen, um Leute die „auffallen" zu entlassen. Diese Scheinstillegungen sind geradezu eine Krankheit geworden und die Behörden und wir selbst sind ebensowenig in der Lage, dem Unternehmer in den Geldschrank zu sehen, als der 1. Buchhalter. Das weiß nur der Unternehmer und seine Privatsekretärin. Wir wissen ebensogut als die Unternehmerschaft, daß für das Land Baden das Prädikat „Industriefriedhof" angewandt werden kann, aber wir wissen auch, daß ein Teil der Betriebsstillegungen Scheinstillegungen sind und daß ein nennenswerter Teil der Arbeitslosen nicht die „Stempelfabrik" in Anspruch nehmen bräuchte.

Fürs andere hätten die Unternehmer eine sehr dankbare Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, die Betriebe auch von einer anderen Seite aus zu rationalisieren. Das Band- und Fließsystem bringt es nicht und die damit eingesparte Lohnsumme. Rede man mal auch unter sich über das Wort Rationalisierung und Typisierung. Und lasse man die Hände weg von dem beabsichtigten Abbau der Sozialversicherungen und Abbau der Löhne, wie z. B. die Arbeitgeberzeitung und Bergwerkszeitung ankündigt. Demgegenüber haben wir uns vorzubereiten zum Abwehrkampf, aber auch zum Angriff. Denn wir haben uns auch die Frage vorzulegen, ob unsere Tarife mit den Löhnen noch zeitgemäß sind. Sie sind das entschieden nicht. Sie zeitgemäß zu gestalten, muß unsere Aufgabe sein. Schon die Umgestaltungen der Betriebs- und Arbeitsmethoden erfordern eine Aenderung; aber auch das Arbeitslosenproblem nötigt uns verschiedene Tarifänderungen auf. (Schluß folgt).

Die Polizei berichtet:

Diebstähle

Am Mittwoch nachmittag wurde einem Gastwirt aus der Pfalz ein in der Kaiserstraße aufgestellter Personenkraftwagen im Wert von 2500 ℳ entwendet.

Kurz nach 10 Uhr abends vermißte ein Gerichtsvollzieher in der Herrenstraße sein Kraftrad, das er dort vor einem Geschäft abgestellt hatte. Bei einer Razzia der Polizeiwache Karl Friedrichstraße auf Motorräder wurden auch die Täter in der Hebelstraße zum Halten aufgefordert, machten jedoch sofort Kehrt, ließen das Motorrad im Stich und gingen flüchtig. Da sie zu großen Abstand hatten, konnte sie der Polizeibeamte nicht mehr einholen.

Ein 17 Jahre alter Bursche wurde als Dieb entlarvt, er hatte am Mittwoch abend im Ankleideraum eines Sportplatzes im Wildpark einem ledigen Bäcker einen Geldbeutel mit 7 ℳ aus der dort aufgehängten Hose gestohlen.

Aus dem Hof einer Wirtschaft der Kaiserstraße wurde ein Fahrrad im Wert von 100 ℳ entwendet. Ein zweites Fahrrad im Wert von 50 ℳ wurde aus dem Hausflur eines Hauses in der Leopoldstraße gestohlen.

Vor einem Hause der Karl Friedrichstraße sowie in der Bachstraße wurden Fahrräder gefunden, die vermutlich irgendwo gestohlen worden sind. Sie wurden nach der Staatsanwaltschaft gebracht.

In zwei Fällen wurden von Fahrrädern die Beleuchtungseinrichtungen entwendet, in der Kaiserallee von einem dort aufgestellten Motordreirad zwei elektrische Glühbirnen und der Lichtriemen.

Am Dienstag abend wurde von einem vor einer Wirtschaft in Darlanden haltenden Personenkraftwagen die hintere Beleuchtung abgeschraubt und gestohlen.

Er hält zuerst Umschau

Am Dienstag mittag erschien in einer Wohnung in der Viktoriastraße ein etwa 25 Jahre alter Mann und bat das Dienstmädchen um Einlaß in die Wohnung unter dem Vorwand, daß er zur Reparatur der elektrischen Lichtleitung bestellt sei. Nachdem er durch sämtliche Zimmer gegangen war, entfernte er sich wieder mit dem Bemerken, er käme am Nachmittag wieder, wenn die Herrschaft zu Hause sei. Vermutlich handelt es sich um einen Dieb, der eine Ortsbesichtigung vornahm. Entwendet wurde nichts.

Verkehrsunfälle

In der Hardtstraße lief gestern nachmittag der 5 Jahre alte Junge eines Drehers in ein Motorrad hinein, wobei er einen Schlüsselbeinbruch und Hautabschürfungen am Körper erlitt. Den Motorradfahrer soll nach Angaben von Zeugen keine Schuld treffen.

In der Kaiserallee bei der Scheffelstraße fuhr gestern abend ein Personenkraftwagen auf einen anderen auf, als dieser plötzlich bremsen mußte. Der angefahrene Wagen wurde beschädigt.

Der Fahndungspolizei in Durlach gelang es, einen Arbeiter festzunehmen, der schon längere Zeit in der Gegend des Bahnhofs Durlach sein Unwesen trieb, indem er auf offener Straße durch unsittliches Verhalten Frauen belästigte.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Druckverteilung über Mitteleuropa ist nahezu unverändert. Wir befinden uns in der Rückseitenströmung des Nordseetiefes, in die kleinere Schüben etwas wärmerer Luft eingelagert sind. Auch morgen wird die veränderliche Witterung anhalten.

Voraussichtliche Witterung für Freitag, 21. März: Fortdauer der veränderlichen Witterung, strichweise Regen, Gebirge Neuschnee.

Veranstaltungen

Starkbierfest „Kühler Krug". Wie wir erfahren, findet am kommenden Samstag, den 22. ds. Mts., abends 8 Uhr, das zweite Starkbierfest statt. Unter anderem wird dieses Mal der noch vom vorigen Jahr her bestbekannte „Bellemer Heiner" mitwirken.

Kaffee Bauer. Zahlreichen Wünschen entsprechend, findet nunmehr jeden Donnerstag Gesellschafts-Tanz statt. In den schönen, für diesen Zweck schon oft bewährten Räumen spielt Franz Dolezels verstärkte Jazzkapelle zum Tanz auf. (Siehe die Anzeige.)

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 18. März: Herm. Dabringer, 36 Jahre alt, Ehemann, Oberfeuerwehrmann. Beerdigung am 20. März, 15 Uhr. Friedrich Degler, 53 Jahre alt, Ehemann, Schreiner. Beerdigung am 21. März, 14 Uhr. Luise Pfirrmann, 30 Jahre alt, Ehefrau von Otto Pfirrmann, Ladeschaffner (Wörth). Karl Hutt, 60 Jahre alt, Ehemann, Schriftsetzer. Beerdigung am 21. März, 14.30 Uhr. — 19. März: Dr. med. Arnold Schiller, 56 Jahre alt, Ehemann, prakt. Arzt. Feuerbestattung am 21. März, 13 Uhr. Dr med. Alice Leiter, 65 Jahre alt, ledig, prakt. Aerztin. Feuerbestattung am 21. März, 11 Uhr.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe

Naturfreunde. Morgen Freitag, 8 Uhr in der Hochschule **Lichtbildervortrag.** Die Schönheit des Schwobeländles. 2516

Stadtausschuß für Arbeitersport und Jugendpflege. Heute 7 Uhr **Ausschußsitzung.** Ab 8 Uhr **Technikersitzung** (Volkshaus). Alle Vereine müssen vertreten sein. Tagesordnung: Reichsarbeitersporttag. 2515

Arbeitsgemeinschaft relig. Jungsozialisten. Freitag abend 8 Uhr im Jugendheim (Lesesaal) **Diskussionsabend.** Fortsetzung über das Thema „Was denken wir über Geschichtsmaterialismus und Klassenkampf?" 2503

Durlach. Sozialdemokratische Partei. Am Freitag abend 8 Uhr im „Lamm" **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: Bericht von der kommunalpolitischen Landeskonferenz in Freiburg. Referent: Bürgermeister Gen. Nitzert. Um zahlreichen Besuch bittet 778 Der Vorstand.

Ettlingen, Arb.-Gesangverein „Eintracht". Samstag, 22. März, abends 8 Uhr, im Lokal „zur Krone" **Sängerinnen- und Sängerversammlung.** Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Der Vorstand.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Feuilleton, Frauenbeilage: Hermann Winter; Karlsruher Chronik, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten: Josef Etsele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Eine begrüßungswerte Neuerung

bringt die Sunlicht Gesellschaft A.G. in Mannheim. Erst kürzlich hat sie den Preis ihrer Lux-Seifenflocken — des Waschmittels zur schonenden Reinigung von Seide, Kunstseide und Wolle — ganz erheblich ermäßigt und heute bringt sie eine neue Lux-Packung, die besonders für die Strumpfwäsche sowie für die Reise geeignet ist. Diese praktische, neue Packung kostet 25 Pfg. und genügt, um 20 Paar Strümpfe wirklich schonend zu reinigen und ihnen gleichzeitig Farbe, Glanz und schönes Aussehen zu erhalten. Diese Nachricht wird sicher vielen Frauen Freude machen.

Sonder-Angebot für das behagliche Heim

Teppiche

Wolltapestry-Teppiche Persermuster
ca. 130/200 160/235 200/300 250/350
24.- 32.- 47.- 68.-

Bouclé-Teppiche mod. Jacq.-Must. große Auswahl
ca. 130/200 160/235 200/300 250/350 300/400
36.— 49.50 79.— 115.— 167.—
25.- 38.- 56.- 81.- 111.-

Ia. Velour-Teppiche moderne u. Persermust.
ca. 130/200 160/235 200/300 250/350
54.— 80.— 121.- 191.—
37.- 52.- 77.- 122.-

Tapestry-Vorlagen 5.50 3.75 2.80

Bouclé-Vorlagen reich sortiert 12.50 7.90 6.25

Stuhlläufer Jute gestreift
35 cm 40 cm 45 cm 50 cm breit
75 Pf 85 Pf 1.10 1.20

Gardinenstoffe

Landhaus-Gardinen m. Volant. bunt u. weiß 65 brt. Mtr. -.95 -.80 55 Pf
Gardinen-Mull weiß und farbig gestreift 100 cm breit . . . . . Meter 70 Pf
Voil-Voile für Anfertigungen 150 cm breit Mtr. 2.10 114 cm breit Meter 1.40
Voil-Voile bedruckt, hübsche, moderne Muster 120 cm breit . . . . . Meter 2.60 2.10
Kunstseidenstoffe bedruckt, neue Ausmust. viele Farben, 120 cm breit . . . . . Meter 4.25 3.20
Tupfen-Tülle gute Qualität, 125 cm breit . . Meter 95 Pf
Alover-Tülle mod. Sortiment . . Meter 1.90 1.45 1.20
Schwedenstoffe 130 cm brt. mod. gemust. indanthren . . Meter 1.80 80 cm brt. Meter 1.15

Dekorations- u. Möbelstoffe

Kunstseiden-Noppenrips gemustert, indanthren, 130 cm breit . . . . . Meter 3.10
Kunstseiden-Noppenrips mod. gemustert, schwere Qualität, indanthren, 130 cm breit . . . Meter 4.25
Kunstseiden-Noppenrips in allen Modefarben, indanthren, 130 cm breit . . . Meter 4.25 3.40 2.90
Fantasie-Möbelbezugstoffe . . . Meter 2.40
Gobelinstoffe solide Qualitäten, Mtr. 4.25 3.50 2.80
Woll-Moquette mod. Muster, Mtr. 14.— 9.75 8.50

Fertige Gardinen

Halb-Stores engl. Tüll u. Etamin . . 3.90 2.75 1.95
Halb-Stores mit Handarbeit u. Seidenfransen weiß und arab 14.50 8.- 6.25
Kunstseid.-Halbstores modernste Ausführungen . 15.- 11.75
Madras-Garnituren hellgrundig, 3 teilig 5.75 4.25 3.10
Tüll- und Etamin-Garnituren 3 teilig 6.- 3.50 2.50 1.70
Etamin-Garnitur. bunt, indanthr. m. Volants 3 teilig 6.30 5.25 4.25
Bettdecken 1 bettig, Tüll und Etamin 4.50 3.50 2.90
Bettdecken 2 bettig, Tüll u. Etamin . . 9.- 6.- 4.75
Ganzfilet-Bettdecke 2 bettig, arab . . . 16.50

Tisch- und Diwandecken

Gobelin-Tischdecken große Auswahl 11.25 7.50 6.75
Kunstseiden-Tischdecken mod. Ausführungen, rund und eckig, 19.50 14.— 12.—
Plüsch-Tischdecken mod. u. Persermust. 28.— 21.50 14.— 11.75
Gobelin-Diwandecken solide Qualitäten 16.90 12.75
Moquette-Diwandecken mod. Sortim. 39.— 33.—
Mohair-Diwandecken fellgemustert und einfarbig . . . . . 38.— 29.50 23.50

Teppiche

Wollplüsch-Teppiche
unsere Spezialmarken, eigene Muster in modernem und Persergeschmack

	ca. 170/240	200/300	250/350
Qualität HTA	54.-	81.-	118.-
	ca. 170/240	200/300	250/350	300/400
Qualität HTB	76.-	112.-	165.-	225.-
	ca. 200/300	250/350	300/400	
Qualität HTC	130.-	195.-	266.-	

Jute-Läufer 65 cm brt. . . Mtr. 95 Pf
Jute-Läufer 90 cm brt. . . Mtr. 1.50
Bouclé-Läufer 67 cm breit, mod. Streifen . . . . . Mtr. 4.10 2.80
Bouclé-Läufer 90 cm breit, mod. Streifen . . . . . Mtr. 5.75 3.80
Jacquard-Bouclé-Läufer neue Muster
120 cm brt. Mtr. 10.25 — 90 cm brt. Mtr. 7.90 — 67 cm brt. Mtr. 5.80

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

2509

Für Konfirmanden Armbanduhren von Mk. 12.— an, Taschenuhren von Mk. 5.— an 2507
Chr. Fränkle Goldschmied
Karlsruhe, Passage

Bei Rheumatismus!
Gicht, Reißen ist Dr. Buflebs australisches Eucalyptusöl unentbehrlich 779
Drogerie Gugger, Rheinstr. 57

2506
Die ersten Waggons:
Frischeier
Bulgaren und Steierer
Neuprodukt!
10 Stück groß 1.00 Mk.
10 Stück extra 1.20 Mk.
Delikatesse u. Medizin sind unsere
Geflügelzucht-Farmeier
extra Stck. 14 Pf | groß Stck. 12 Pf
Feinste Allgäuer **Tafelbutter** ½ Pfd. 95
Allerfeinste **Teebutter** ½ Pfd. 1.05 Mark
Pfankuch
5% Rabatt

Stadtgarten-Jahreskarten.

Für die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 werden wieder Jahreskarten zu folgenden Preisen ausgegeben:
Hauptkarten — Einheitskarten für Erwachsene RM 5.—, **Rentnerkarten** RM 2.—, **Schüler- und Studentenkarten** RM 2.50, **Karten für Kinderwärterinnen** (ausgestellt auf den Namen der Dienstherrschaft) RM 5.—. Karten für Studierende und Schüler werden ausgegeben auf Vorlage amtlicher Ausweise, für Klein- und Sozialrentner, soweit sie zur Gruppe der Minderbemittelten zählen, d. h. ein Einkommen von weniger als RM 150.— monatlich haben, und für andere Personen, die in öffentlicher Fürsorge stehen, sowie Kriegsbeschädigte bei anerkannter Kriegsdienstbeschädigung von 80% an, sowie an Kriegsbeschädigte mit einer Rente von 50—80%, sofern sie im Erwerbsleben dauernd behindert sind, auf Vorlage einer Bescheinigung des städtischen Fürsorgeamtes.
Die Inhaber von Schuldverschreibungen des badischen Vereins für Geflügelzucht erhalten bis zu vier Hauptkarten auf Vorlage der Schuldverschreibungen und unter Berücksichtigung der hierfür bestehenden Vorschriften.
Kinder von Jahreskarten-Inhabern können bis zum Alter von 6 Jahren frei eingeführt werden.
Bestellungen auf Jahreskarten wollen bei den beiden Einnehmern am nördlichen und südlichen Eingang, solche auf Grund von Schuldverschreibungen jedoch nur am südlichen Eingang aufgegeben werden
Die Gültigkeit der Karten beginnt mit dem Lösungstage.
Karlsruhe, den 12. März 1930. 408
Städt. Gartenamt.

Kaffee Bauer
HEUTE DONNERSTAG im oberen Saal
1. Gesellschafts-Tanz-Abend
Hauskapelle DOLEZEL in verstärkter Jazzbesetzung
2 Tanzflächen — Dunkler Anzug erbeten — Eintritt frei
2511

Auskunft
über Einreisebestimmungen, Schiffsverbindungen und Fahrkarten nach
Canada
durch
Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine sämtlichen Vertretungen
in Karlsruhe, Lloyd-Reisebüro Goldfarb, Kaiserstr. 181, Ecke Herrenstr., in Baden-Baden: Norddeutscher Lloyd, Vertretung Baden-Baden, Lloyd-Reisebüro G.m.b.H., Am Leopoldsplatz; in Offenburg: Becht & Gehringer, Güterbahnh.
718

Übergangs-Mäntel 2497
mit kl. Webfehlern
10.-, 15.-, 20.-
Daniels
Konfektions-Haus
Wilhelmstr. 36, 1 Treppe
Ratenzahlungsabkommen

Strebsame Herren
aller Stände, allerorts wohnhaft, mit größer. Bekanntenkreis, können, auch nebenberuflich 50-100 Mk. und mehr die Woche verdienen. Offert. unt. 2439 an das Volksfreundbüro.

Bücher
nt. halb. Preis zu verk. M. Gut, Brunnenstr. 5.

Frühbeetfenster
liefert per Stück von 10,50 M an 714
Glaserei L. Ball
Mörsch

Radler fahr Adler
Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G.
Filiale Karlsruhe, Zirkel 32
Reparatur-Werkstätte für alle Fabrikate
2499

Tanzlehrer Paul Bach
K.-Mühlburg, Kärcherstraße 3, II
Besuchen Sie meine Tanzkurse
für Anfänger und Fortgeschrittene
Donnerstag: Saal Adler, Mühlburg
Freitag: Saal Auerhahn, Schützenstr.
Samstag: Saal Schnapsjörg, Beiertheim
jeweils abends 8 Uhr. Anfänger 7 Uhr
2490

DAS WAR DIE WELTKRIEGSERNTE DER
BLUTIGEN INTERNATIONALE
Was halten Sie von der großindustriellen Auswertung des maschinellen Menschenmordes? Was wissen Sie von der Internationale der
RÜSTUNGSINDUSTRIE? KRUPP
war Offizier der französischen Ehrenlegion! Erstaunliche Tatsachen dieser Art bietet Lehmann-Russbüldt in seinem Buch
DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGSINDUSTRIE
Bereits übersetzt ins: Englische, Französische, Spanische, Polnische, Dänische, Holländische Tschechische, Schwedische.
Deutsche 11.—20. Tausend
NUR RM 1.—
Zu beziehen durch
Volksfreund-Buchhandlung
Waldstraße 28 Telephon 7020/21

Schreibmaschinen
Zwei noch gut brauchb. Schreibmaschinen zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe sind unter E. 272 an das Volksfreundbüro einzureichen.

Steuerfr. guterh. **Motorrad** zu kaufen gesucht. Joachim Busch, Au a. Rh.

Suche einen gut erhaltenen Lieg- u. Sitzwagen. Zu erfrag. unt. K. 273 im Volksfreundb.

Möbl. Zimmer
zu vermieten. Rheinstr. 99 III, links. [B266

Zur Konfirmation Uhren neu u. gebraucht, billigst b. J. Gelmann, Uhrm., Zähringerstr. 36.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Achern
Sonntag, 23. März 1930, nachmittags 14.30 Uhr beginnend
Große Republikaner-Versammlung
im großen Saal zum Ratskeller. Das Referat hat Herr Landtagsabgeordneter Dr. Hoffmann Freiburg (Zentrumspartei) übernommen. Als zweiter Redner spricht Gausekretär Dötsch-Scholz-Mannheim (S.P.D.).
Republikaner! Männer und Frauen von Achern und der Nachbarorte, erscheint in Massen! 777
Der Vorstand.

Ia Küche fabrikneu, umständehalber sehr billig zu verkaufen 2504
Marienstraße 32

Zu verkaufen!
1 gut erhalten. Bett, 1 Spiegel, 1 Eisschrank. Anzus. Eisenlohrstr. 9, part., v. 10-5 Uhr. [2513

Ettlinger Anzeigen

Entwässerung der Siedelung Waldkolonie Ettlingen.

Die Stadtgemeinde Ettlingen beabsichtigt, die Waldkolonie unter Einbezug der Wilhelmshöhe und des Jagdhauses durch den Brudergartenweg nach dem Kanal beim Schützenkreuz zu entwässern und die Niederschlagwasser aus dem Siedlungsgebiet der Waldkolonie, soweit das Regenwasser eine zehnfache Verdünnung des Schmutzwassers übersteigt, durch den Regenauslaß im Brudergarten in den Krebsbach und von hier oberhalb des Buhl'schen Wehres in die Alb abzuleiten und hat zu diesem Zweck die Verleihung des Rechts hierzu beim Bezirksamt Ettlingen beantragt.
Einwendungen gegen dieses Unternehmen sind binnen 14 Tagen seit dem Tage des Erscheinens des diese Bekanntmachung enthaltenden Blattes beim Bezirksamt oder dem Gemeinderat Ettlingen anzubringen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten. Als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte sind auch zu betrachten die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern oder natürlichen nicht öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte; auf solche Rechte sich stützende Einwendungen gelten daher, falls sie innerhalb der genannten Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen. 431
Die Beschreibungen, Pläne und Zeichnungen, die sich auf das vorliegende Unternehmen beziehen, liegen während der Einsprachefrist und der üblichen Geschäftsstunden im Rathause Ettlingen — Ratschreiberei — zur Einsicht offen.
Ettlingen, den 19. März 1930.
Der Bürgermeister.

Brennholzabgabe
Aus der Gabholzversteigerung stehen zahlreiche Brennholzlose noch zur Verfügung und werden solche an Interessenten im Handverkauf im Laufe dieser Woche während der üblichen Kassenstunden abgegeben, und zwar je 2 Ster buchenes Scheit- und Rollenholz 26 M, gemischtes Scheit- und Rollenholz 20—22 M, buchenes Prügelholz 15—16 M, gemischtes Prügelholz 14 M, je 50 Stück buchene Wellen 10 M und gemischte Wellen 9 M. 432
Ettlingen, den 19. März 1930.
Die Stadtkasse.